Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175. Dienstag, den 29. Juli 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Parlamentszerrüttung in Deutschland.

gl. Die politische Entwicklung Deutschlands geht einen eigentümlichen Gang. Während der Kapitalismus reißend Fortschritte macht und der Bourgeoisie immer mehr die Leitung des gesamten Wirtschaftslebens in die Hände bringt, versäumt es diese nämlich am wirtschaftlichen Einfluß stetig zunehmende Bourgeoisie völlig, dem politischen System des Parlamentarismus, das ihrem Wesen entspricht, zu größerer Macht zu verhelfen, oder läßt den Parlamentarismus sogar verfallen.

Die ganze Regierungsgewalt verbleibt in Deutschland nach wie vor der Bureaukratie, die wiederum in der Hauptsache abhängig ist von der wirtschaftlich schwächsten, entwicklungsfeindlichsten Kapitalistengruppe, dem aristokratischen Großgrundbesitz. Am unverhülltesten kommt das zum Ausdruck in Preußen. Da aber Preußen, seiner überragenden Größe und der geschichtlichen Tradition entsprechend, auch der Reichspolitik das Gepräge gibt, können die hin und wieder in den kleineren Staaten günstiger gelagerten Verhältnisse im großen und ganzen an dem Laufe der Dinge in Deutschland nichts ändern. So kann das rückständige ostelbische Junkertum auch heute noch die deutsche Bourgeoisie nach seiner Pfeife tanzen lassen.

Am deutlichsten springt die Rückständigkeit des deutschen Parlamentarismus in die Augen, wenn man ihn mit den Zuständen in England, dem Lande der wurzelfestesten parlamentarischen Einrichtungen, vergleicht. In England ist das Ministerium weiter nichts, als der Verwaltungsausschuß des Parlaments, genauer gesagt, des Unterhauses, der gewählten Volksvertretung. Verliert ein Ministerium das Vertrauen des Unterhauses, das heißt, entscheidet die Mehrheit der Volksvertreter in einer wichtigen Frage gegen die Regierung, oder verliert die Partei, beziehungsweise die Koalition von Parteigruppen, aus der das Ministerium hervorgegangen ist, bei allgemeinen Neuwahlen die Mehrheit, so hat das gesamte Ministerium sein Amt niederzulegen, und der Monarch hat dann die Parteileitung der neuen Mehrheit zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte zu berufen. Das Ernennungsrecht des Monarchen ist nur nominell. In Wirklichkeit hat er keine freie Wahl. Sogar die Person des Ministerpräsidenten ist schon in dem Mehrheitsführer gegeben. Wie in England vollzieht sich übrigens der Ministerwechsel auch in anderen parlamentarisch regierten Ländern, jetzt z. B. in Holland und Dänemark.

Das Ministerium wird in England samt und sonders aus Mitgliedern des Parlaments zusammengesetzt, wobei die wichtigsten Posten neuerdings immer mehr dem Unterhause vorbehalten bleiben. Verwaltungsbeamte können es im englischen Staatsdienst höchstens bis zum „permanenten“ Unterstaatssekretär bringen. Jedem englischen Minister stehen nämlich zwei Unterstaatssekretäre zur Seite, ein parlamentarischer und ein permanenter. Da ein Minister nur in demjenigen Hause das Wort ergreifen kann, dem er angehört, muß er in dem anderen durch einen parlamentarischen Unterstaatssekretär vertreten werden, der diesem Hause als Mitglied angehört. Der permanente Unterstaatssekretär hat wie jeder andere Beamte von Beruf überhaupt nicht das Recht, im Parlament zu erscheinen oder gar dort in die Debatte einzugreifen.

In diesen Vorkehrungen prägt sich am schärfsten der Unterschied zwischen dem englischen und dem preußisch-deutschen Parlamentarismus aus. Denn in deutschen Parlamenten ist dem Beamtentum sogar eine bevorzugte Stellung eingeräumt, da ihnen auf Verlangen jederzeit das Wort erteilt werden muß, sogar außerhalb der Tagesordnung. Es ist das eine Bestimmung, die eigentlich jeder parlamentarischen Ordnung Hohn spricht. Es ist auch bekannt, daß im Reichstage wie im preußischen Parlament die Minister den Anspruch erheben, der Disziplinargewalt des Präsidenten nicht unterworfen zu sein. Dieser Anspruch ist zwar vom Reichstag und seinen Präsidenten nie anerkannt worden; tatsächlich aber haben bisher die Präsidenten es ängstlich vermieden, ihre Disziplinarbefugnisse gegenüber einem Regierungsvertreter zur Anwendung zu bringen.

Auf die Ministerernennung haben ferner weder im Reich noch in Preußen Parlamentsbeschlüsse einen entscheidenden Einfluß. Selbst kräftige Mißtrauensvoten stürzen weder einen Reichskanzler noch einen preußischen Ministerpräsidenten. Wohl aber hat noch keiner jener, vom Monarchen nach freiem Ermessen ernannten Beamten auf die Dauer die Ungnade der kleinen aber mächtigen Junkerclique überstanden, die in der konservativen Partei ihre parlamentarische Vertretung gefunden hat. Woraus denn mit hinreichender Deutlichkeit hervorgeht, daß es eine flagrante Wahrheitswidrigkeit ist, wenn behauptet wird, in Preußen und Deutschland stehe die Regierung „über den Parteien“. Sie ist die Vertretung einer Partei ebensowohl wie in parlamentarisch regierten Ländern; ja in ihr kommt die schlimmste Art der Parteiregierung, eine Minderheitsregierung zum Ausdruck.

So ist das bei uns herrschende Regierungssystem der bureaukratischen Verwaltung mit parlamentarischem Aufputz der korrekte Ausdruck der Staatsbeherrschung durch eine Hof-, Militär-, Beamten- und Junkersippe, während das parlamentarische Regierungssystem, wie es in England besteht, der Machtausübung der Bourgeoisie entspricht.

Wohlgemerkt verlangt das Interesse der Bourgeoisie zwar, daß die gesamte Staatsmacht einer gewählten Volksvertretung anvertraut wird, ihr Interesse widerstrebt aber einer weitgehenden Ausdehnung oder völligen Demokratisierung dieses Wahlrechts, da dadurch der Einfluß der arbeitenden und ausgebeuteten Schichten des Volkes auf das Parlament zuungunsten der ausbeutenden Bourgeoisie verstärkt wird. Deshalb hatte in England die nämliche Bourgeoisie, die nach ihrem Siege über Hof und Junkertum das parlamentarische Regierungssystem lückenlos ausbaute, gleichzeitig das Wahlrecht zum Unterhause möglichst eingeschränkt. In der Zeit der bürgerlichen Parlamentsherrschaft bedurfte es eines zähen und langwierigen, heute noch nicht zum Abschluß gekommenen Kampfes, um das Wahlrecht allmählich zu erweitern und dadurch der Demokratisierung der Staats- und Wirtschaftsordnung vorzuarbeiten.

Auch in Deutschland entspräche die folgerichtige Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems an sich durchaus dem Eigenbedürfnis der Bourgeoisie. Die Umstände wären einem solchen Vorhaben auch durchaus günstig. Von Jahr zu Jahr offenbart es sich mehr, daß die Hof-, Militär-, Beamten- und Junkersippe nicht der Bewältigung der großen Kulturaufgaben gewachsen ist, die ein modernes, der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung entsprechendes Staatswesen in seinem Schoße birgt. Welch ein klägliches Stümperwerk fördern die preußischen Staatslenker selbst in ihren Steuerentwürfen zutage, von ihren kurzatmigen Anläufen zur Bewältigung dringender Aufgaben des Rechtslebens ganz zu schweigen.

Trotzdem unternimmt die deutsche Bourgeoisie keinen Versuch, der herrschenden Sippe die Macht zu entwinden, um sie selbst in die Hände zu nehmen. Sie fügt sich mit frommer Geduld den „gottgegebenen“ Verhältnissen, wie ihr der amtierende Oberbureaukrat Bethmann-Hollweg das so sinnig angeraten hat. Sie fügt sich natürlich nicht aus Verständnislosigkeit für ihre eignen Interessen, sondern aus Angst vor dem Proletariat, das als gleichberechtigter Bundesgenosse im Kampf gegen die herrschende Junkersippe der Bourgeoisie unentbehrlich ist, dem aber schließlich bei der unvermeidlichen weiteren Demokratisierung unserer Verhältnisse die wertvollsten Früchte aus dem gemeinsamen Siege zufallen müssen. So stockt die preußisch-deutsche Verfassungsentwicklung eigentlich völlig seit 1871 trotz der sinkenden Befähigung der Regierungssippe, trotz des wachsenden indirekten Einflusses des Proletariats auf die Regierungsgeschäfte, den ihm die stetige Erstarkung der Sozialdemokratie in den Parlamenten wie im öffentlichen Leben überhaupt verschafft.

Wenn ein Machtmittel wie das Parlament nicht aus unfertigen Zuständen zu der gebotenen größeren Machtentfaltung gebracht wird, so verkümmert es naturgemäß mehr und mehr. So sehen wir denn auch jetzt im Deutschen Reich, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages anstatt durch ausgiebige Debatten über die wichtigen Tagesfragen die öffentliche Meinung anzuregen und dem Reichstage selbst den erforderlichen Resonnanzboden für die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems im Volke zu verschaffen, geflissentlich alle Erörterungen im Plenum des Reichstags zurückzudrängen und sie in den Dunkelkammern der Kommissionssitzungen abzutun suchen. Wobei die Bureaukratie natürlich den Vertretern des Bürgertums nur zu willig hilfreich die Hand bietet.

Nie ist das deutlicher zutage getreten, als bei den Kämpfen um die jüngste Militärverstärkung. Ganz abgesehen von der sachlichen Stellungnahme, war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die ihren parlamentarischen Verpflichtungen in vollem Maße nachkam.

So gleitet überhaupt der Kampf um die Erweiterung der parlamentarischen Rechte aus den erlahmenden Händen der Bourgeoisie über in die jugendkräftigen Fäuste der Klassenkampfpartei des Proletariats. Das ist bei der Entwicklung der deutschen Verhältnisse ein ganz natürlicher Vorgang. Denn auch wir Sozialdemokraten bedürfen der parlamentarischen Machtmittel zur Durchführung unserer Aufgabe: der völligen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Politische Rundschau

Deutschland.

Eine neue Schröpfung der Fischkonsumenten.

Der Fischdampfer-Reederverein „Elbe“ in Altona hat dem Verein der Fischindustriellen Deutschlands die Mitteilung gemacht, daß die „Elbe“ nach reiflicher Ueberlegung beschlossen hat, mit Rücksicht auf die veränderte Geschäftslage und die höheren Betriebskosten der Dampfhochseefischerei Minimalpreise festzusetzen. Die gleiche Mitteilung haben die Fischdampfer-Reedereien der übrigen Auktionsmärkte den Vereinen gemacht, die an den verschiedenen Plätzen die Interessen des Fischhandels und der Fischindustrie wahrnehmen.

Die Fischindustriellen bezeichnen an der Minimalpreisfestsetzung als das Aegerlichste die Tatsache, daß die Maßnahmen keiner Interessengruppe Nutzen bringe, sondern auf der ganzen Linie nur Schaden anrichte. Es sei ja möglich, daß für einzelne Partien von Fischen, die beim freien Spiel der Kräfte nur 3 und 4 Pfennige bringen würden, infolge des Mindestpreises doch noch 5 Pfennige bezahlt werden. Ein Kaufmann, der zu rechnen versteht, wird für eine Ware, die für ihn nach genauester Kalkulation nur einen Wert von 3 Pfg. hat, nicht 2 Pfg. mehr bezahlen. Aber selbst die kleinen Erfolge, die die Minimalpreisfestsetzung gelegentlich zeitigen kann, stellen sich doch als eine Schädigung der Fischerei heraus. Es ist für die Fischerei kein Gewinn, wenn einige Abnehmer durch künstliche Preistreibereien veranlaßt werden, mehr für die Ware zu geben, als sie nach dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bezahlen dürften, sondern die Fischerei hat ein Interesse daran, daß Fischhandel und Fischindustrie lebensfähig und kaufkräftig erhalten werden. Viel schwerer als die gelegentlichen Vorteile wiegen die großen Nachteile, die die Mindestpreise den Reedern bringen müssen. In mehr als 75 Proz. der Fälle werden solche Partien, die bei völliger Auktionsfreiheit für 3 oder 4 Pfg. vom Handel oder der Industrie aufgenommen würden, für einen Pfennig an die Fischmehlfabriken verkauft werden müssen. Dazu kommt noch folgendes Bedenken: Die Seefischerei ist in den letzten Jahren außerordentlich unterstützt worden. Nicht nur das Reich, sondern auch viele Einzelstaaten und Kommunen haben große Opfer gebracht, um das Gewerbe zu heben. Behörden und Vereine sind bemüht gewesen, die Seefische zu einem Volksnahrungsmittel zu machen. Der große Erfolg dieser direkten und indirekten Unterstützung ist in erster Linie der Dampf-Hochsee-Fischerei zugute gekommen. Wenn sie heute wieder mit Vertrauen in die Zukunft blicken kann, so hat sie es der vielseitigen, opferfreudigen und selbstlosen Hilfe zu danken. Die jüngsten Maßnahmen der Reeder sind aber geeignet, der Dampf-Hochsee-Fischerei die allgemeinen Sympathien zu nehmen; denn es ist doch eine schwere Versündigung, gesunde Nahrungsmittel, die mancher armen Familie zu einer billigen, schmackhaften Mahlzeit verhelfen könnten, nur unter der Bedingung zu verkaufen, daß sie nur zu Dünger oder Viehfutter verarbeitet werden dürfen, lediglich um durch diese Maßnahmen die Preise bei sinkender Konjunktur auf einer künstlichen Höhe zu erhalten. Bei verschiedenen Gelegenheiten ist bereits von politischen Parteien die Ungeheuerlichkeit scharf gegeißelt worden, daß frische und gesunde Volksnahrungsmittel zur Herstellung von Dünger und Viehfutter degradiert werden. Es ist den Interessentengruppen unverständlich, daß die Reeder nicht vor der Einführung ihrer Minimalpreiserhöhung mit den Vertretern des Fischhandels und der Fischindustrie verhandelt haben. Es ist ja möglich, daß sich die Kaufinteressenten unter Gewährung gewisser Garantien trotz sehr schwerer Bedenken doch mit den Vorschlägen der Reeder einverstanden erklärt hätten. Es ist dringend zu wünschen, daß die Reedervereine aller Auktionsmärkte eine Konferenz von Vertretern aller am Fischauktionswesen interessierten Vereine einberufen, um die strittige Frage eingehend zu beraten und eine Verständigung zu erzielen.

Die „Förderung des Deutschtums“ in der Praxis.

Der „Niederschlesische Anzeiger“ in Glogau beschwert sich bitterlich, weil „trotz einer starken Gegenströmung“ der Magistrat der Stadt für die Aufforstung von Oedland in den städtischen Forsten galizische Arbeitskräfte angeworben hat und die deutsche Waldarbeiterbevölkerung zur Abwanderung zwingt, da ihnen die Grundlagen

ihrer Existenz systematisch entzogen werden. — Die gleiche Erscheinung kann man in Schlesien nicht nur bei privaten, sondern regelmäßig auch bei öffentlichen Arbeiten beobachten. In Breslau befinden sich zurzeit Tausende von Arbeitslosen, trotzdem werden bei den Strombauten, die in der Nähe ausgeführt werden, ausländische Arbeiter beschäftigt. — Von Zeit zu Zeit beklagen sich dann die Patrioten über das Vordringen der slawischen Gefahr!

Wo liegt die Wahrheit?

Das „Berliner Tageblatt" hat mehrfach mitgeteilt, dem Vernehmen nach enthalten die Anklageakten in der Krupp-Sache einen Vermerk des Kriegsministeriums, der den Wunsch ausdrückt, daß im Interesse der Landesverteidigung während der Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschossen bleiben soll. Demgegenüber wird der „Tägl. Rundschau" an angeblich zuständiger Stelle erklärt, daß sich in den Akten eine derartige Bemerkung nicht vorfindet. Das Kriegsministerium weise es nachdrücklich zurück, den Versuch unternommen zu haben das Kriegsgericht, dem nach dem Gesetze allein die Entscheidung über den Ausschluß der Oeffentlichkeit zusteht, in irgend einer Weise zu beeinflussen. Vielmehr werde versichert, daß die Kriegsverwaltung kein Interesse daran habe, daß die Verhandlung geheim durchgeführt wird. Allein das Kriegsgericht werde nach seinem eigenen Ermessen zu entscheiden haben, ob bestimmte Punkte des Anklagematerials im Interesse der Landesverteidigung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt werden sollen.

Die offiziöse „Nordd. Allgem. Zeitung" schweigt sich bisher über die Sache aus. Der „Lokal-Anzeiger", der ebenfalls sehr oft offiziös bedient wird, bemerkt: „Das Militärgericht wird in der bevorstehenden Verhandlung zunächst über die Schuld der militärischen Angeklagten urteilen, und dann wird in der Sache vor dem zuständigen Zivilgericht verhandelt werden. Daß bei beiden Gerichten die Oeffentlichkeit nur in dem unbedingt im Interesse der Landesverteidigung gebotenen Maße ausgeschlossen werden wird, darf als sicher angenommen werden. Dies liegt ebenso sehr im Interesse des Kriegsministeriums wie der Firma Krupp und der Angeklagten.

Rückgang der Mißhandlungen im Heere.

Eine Korrespondenz meldet: „Während im Jahre 1896 noch 743 Offiziere und Unteroffiziere wegen Soldatenmißhandlungen bestraft worden sind, brauchten im Jahre 1912 nur noch 225 solcher Bestrafungen einzutreten."

Wenn die Anzahl der Bestrafungen zurückgegangen ist, so ist dadurch noch nicht festgestellt, daß auch die Mißhandlungen von Soldaten an sich zurückgegangen sind. Dürfen wir das letztere annehmen, so ist dieser Rückgang auf die schonungslose Kritik der Sozialdemokraten zurückzuführen.

Reform der Militär-Intendantur.

Die bereits seit einigen Jahren in Aussicht gestellte Denkschrift über die Reform des Intendanturwesens soll im kommenden Winter dem Reichstag zugehen. Wir glauben nicht recht daran, daß diese Denkschrift wirklich erscheinen wird. In der Intendantur sind zweifellos ganz gewaltige Mängel vorhanden, die Bureaukratie ist dort allein maßgebend, die Verwaltung ist eine ungeheuer kostspielige und wird noch kostspieliger werden dadurch, daß man immer mehr Offiziere aus dem Frontdienst in die Intendantur abzuschieben versucht. Vor einigen Jahren hielt der Kriegsminister ganz unvermittelt im Reichstage eine anderthalbstündige Rede über die Reform des militärischen Intendanturwesens. Seitdem ist wiederholt auf die ziemlich vollendete Denkschrift hingewiesen worden, ohne daß man bisher diese Denkschrift jemals zu Gesicht bekommen hätte. Dem Reichstag wird unter diesen Umständen nichts übrig bleiben, als seinerseits die Initiative zu ergreifen und einmal eine Anzahl Stellen, die als vollkommen überflüssig erscheinen, glatt zu streichen. Das ist die einzige Möglichkeit, um die Herren von der Militärverwaltung zu veranlassen, dem Reichstag einmal genauen Aufschluß über den heutigen Stand des Intendanturwesens zu geben.

Zum Krupp-Prozeß.

Die „National-Zeitung" vom Montag abend berichtet, es sei bisher noch nicht gelungen, den Gerichtshof vollständig zu bilden, d. h., es sei noch nicht möglich gewesen, die drei richterlichen Offiziere zu ernennen. Kriegsgerichtsrat Dr. Weli, der in der Verhandlung die Anklage vertritt, habe auf telegraphische Anfrage eine ganze Anzahl Ablehnungen erhalten, und zwar, dem Vernehmen nach, hauptsächlich deshalb, weil sehr viele Offiziere, die man als Richter für befähigt erachtet, auf den Truppenübungsplätzen sich befinden und dort augenblicklich unabkömmlich seien. Weiter teilt das Blatt mit, daß noch immer ein förmlicher Ansturm nach Eintrittskarten zu der Verhandlung stattfindet. Trotz des sehr beschränkten Raumes seien 25 Eintrittskarten an Pressevertreter ausgegeben worden. Es dürfte Mühe erfordern, diese 25 Mann unterzubringen. Alle weiteren mündlichen und schriftlichen Gesuche hätten daher abgelehnt werden müssen. Selbst bedeutende Telegraphenbureaus und mehrere hervorragende ausländische Berichterstatter, unter diesen der Vertreter des „Matin" seien abschlägig beschieden worden.

Regelung des Luftverkehrs.

Am Sonntag hat im Auswärtigen Amte zwischen dem Staatssekretär v. Jagow und dem französischen Botschafter Cambon ein Notenaustausch über die Regelung des Luftverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich stattgefunden.

Das Zentrum und die Blockfrage.

Zu dem viel erörterten Block-Thema schreibt die „Kölnische Volkszeitung": „Das Zentrum wird sich niemals in einen Block hineinzwängen lassen, weder in einen Block mit der Rechten noch in einen Block mit der Linken. Als programmatische Mittelspartei, wie es das Zentrum seit seiner Gründung war, ist es dazu nicht geeignet. Unsere Stellung zu den Konservativen ist eine gegebene, auch nach der letzten parlamentarischen Aktion im Reichstage, bei der die Konservativen gegen uns stimmten. Wir werden jederzeit in fundamentalen Fragen ein Zusammengehen mit den Konservativen suchen müssen; leider haben allerdings in letzter Zeit die Konservativen auch in dieser Frage zu viel die Zuverlässigkeit vermissen lassen. In mancherlei anderen Fragen werden wir, wie schon in früheren Zeiten, so auch in Zukunft, mit den Liberalen zusammengehen können und müssen, um die gesunde, fortschrittliche Weiterentwickelung unseres Staats- und Wirtschaftslebens zu fördern. Daraus ergibt sich schon unsere Stellung zum Liberalismus."

Die Konservativen sind dem Zentrum naturgemäß ans Herz gewachsen; das Zentrum verschmäht aber auch eine Verbrüderung mit den Liberalen nicht. Zentrumspraxis!

Opposition der Handlungsgehilfen gegen den Einzug der Leutnants ins Kontor.

Die nationalen Handlungsgehilfen sind von dem Rundschreiben des preußischen Kriegsministers stark beunruhigt. Sie befürchten durch die Anstellung der Pension beziehenden verabschiedeten Offiziere ein Drücken der Gehälter der Handlungsgehilfen und eine stärkere Ueberfüllung des kaufmännischen Berufs. In einem Rundschreiben an die Handelskammern und Unternehmerverbände sagt der „Verein für Handlungskommis von 1858":

> „Die berufenen Träger von Gewerbe, Handel und Industrie mögen dem Herrn Kriegsminister einen ablehnenden Bescheid erteilen und nach Tunlichkeit dafür Sorge tragen, daß die Handlungsgehilfen, die von der Pike auf gedient haben, und schwer um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen und ringen müssen, in erster Linie als Mitarbeiter für Handel, Gewerbe und Industrie herangezogen werden."

Die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen sollten doch als gute Patrioten, als welche sie sich ständig ausgeben, nicht Front machen gegen die zukünftigen Kollegen im Offiziersrock; sie könnten dies später bitter bereuen.

Der Protest der reichsländischen Bürgermeister. — Ausnahmegesetze.

Noch ist die Erregung des elsaß-lothringischen Volkes über die diktatorischen Bestrebungen der elsaß-lothringischen Regierung betreffs der Ausnahmegesetze nicht vorüber, da geht durch die Bevölkerung ein neuer Sturm der Entrüstung, weil bekannt wurde, daß die Militärbehörde Rundschreiben an die einzelnen Truppenteile erlassen hat, wonach Soldaten elsaß-lothringischer Abstammung auf keinen Vertrauensposten kommandiert werden sollen. Wie unbeholfen die Regierung dieser an die Oeffentlichkeit gelangten Tatsache gegenübersteht, geht wohl am besten daraus hervor, daß sämtliche verantwortliche Stellen sich in allen Sprachen ausschweigen. Die Entrüstung über diese neue Degradation der elsaß-lothringischen Regierung hat sämtliche Kreise im Lande erfaßt. Jetzt haben sogar die Bürgermeister der zu einem Verband zusammengeschlossenen Mittelstädte in einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die Bürgermeister des Verbandes elsaß-lothringischer Mittelstädte haben aus der Tagespresse entnommen, daß der kommandierende General des 16. Armeekorps die allgemeine Verfügung erlassen haben soll, nach welcher elsaß-lothringische Soldaten zu Vertrauensstellungen innerhalb des 16. Armeekorps nicht mehr zu verwenden seien. Diese Nachricht ist bisher nicht dementiert; falls sie auf Wahrheit beruhen sollte, protestieren die versammelten Bürgermeister der Mittelstädte gegen diese unerhörte und unbegründete Verabscheuung der ihrer Militärpflicht genügenden Landeskinder und diese Schmähung der elsaß-lothringischen Bevölkerung und bitten den Herrn Staatssekretär, die aufs schwerste angegriffene Ehre des elsaß-lothringischen Volkes energisch zu wahren und auch hierdurch für die friedliche Entwicklung des Landes einzutreten."

Vor einigen Tagen berichtete ein Pariser Blatt, der kommandierende General des 16. Armeekorps habe einen Erlaß bekannt gegeben, nach welchem kein Soldat aus Elsaß-Lothringen mehr Anstellung beim Eisenbahn-, Telegraphen- oder Telephondienst finden dürfe. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz" bemerkt hierzu, diese Meldung sei in jeder Hinsicht unzutreffend. Das Gleiche gelte hinsichtlich des 15. Armeekorps; auch für dieses sei keinerlei Befehl der fraglichen Art ergangen.

Holland.

Sozialdemokratische Erfolge. Bei den jetzt erledigten Gemeinderatswahlen ist die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder von 178 auf 232 gestiegen. In Amsterdam sind von 45 Mitgliedern 15 Sozialdemokraten; in Rotterdam 7 von 45; im Haag 8 von 45; in Utrecht 5 von 39; in Herningen 6 von 33; in Arnheim 6 von 33; in Enschede 8 von 23; in Hengelo 8 von 19; in Leeuranden 7 von 15. In Zaandam, einem Industrie- und Schiffahrtstädtchen in der Nähe von Amsterdam, ist zum ersten Male eine sozialdemokratische Mehrheit gewählt; 10 von den 19 Mitgliedern sind Parteigenossen.

Portugal.

Die royalistischen Umstürzler an der Arbeit. Madrider Blätter verzeichnen das Gerücht, in Lissabon hätte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine Militärrevolte stattgefunden; die Kämpfe hätten den ganzen Sonntag über angehalten. Eine Privatdepesche der „Voss. Ztg." aus Lissabon sagt: Am Sonnabend wurde auf den Ministerpräsidenten Alfonso Costa angeblich ein Attentat verübt. Die ganze Angelegenheit bedarf indes noch sehr einer weiteren Aufklärung. Aus bisher bekannt gewordenen Einzelheiten ist nicht zu ersehen, ob der Verdacht eines Attentats wirklich begründet ist. Bei dem verhafteten Individuum wurden keinerlei Waffen gefunden. Von einer Auffindung belastender Dokumente spricht allein das Blatt „Mundo". Die Verhaftung erfolgte auf eine Anzeige des portugiesischen Konsuls in Sao Paolo (Brasilien) hin.

Balkan.

Der Beginn der Friedensverhandlungen ist für Mittwoch in Bukarest in Aussicht genommen. Die „Agence Roumaine" meldet: Die Bevollmächtigten Serbiens, Rumäniens und Montenegros für die Friedensverhandlungen sind Montag vormittag in Bukarest eingetroffen. Die Ankunft des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos wird für Montag abend erwartet. Die offizielle Vorstellung findet Dienstag statt, die erste Konferenz, die im Ministerium des Aeußern abgehalten wird, am Mittwoch.

Die Großmächte beraten noch immer darüber, welche gemeinsamen Schritte sie gegen die Türkei unternehmen wollen. In Wiener diplomatischen Kreisen verlautet, daß der Kollektivschritt der Mächte noch in dieser oder Anfang nächster Woche in Konstantinopel erfolgen werde. Falls der Kollektivschritt wirkungslos bleiben sollte, sei es nicht ausgeschlossen, daß Rußland mit Zustimmung der übrigen Großmächte eine Demonstrationslandung an der Küste des Schwarzen Meeres vornehmen wird. Von einem Einmarsch in Armenien scheint man abgekommen zu sein, da auch Rußland sich zu einem so schwerwiegenden Schritt nicht entschließen kann. Wie es heißt, soll das Vorgehen der Mächte auf die türkische Regierung einen größeren Eindruck machen. Es scheint, daß das Aktionskomitee der jungtürkischen Partei Direktiven erhalten hat, die Oeffentlichkeit in der Adrianopeler Sache nicht zu sehr zu engagieren. Tatsächlich wurden von dieser Seite ein geplantes Agitations-Meeting und eine beabsichtigte Demonstration vor dem Sultanspalast abgesagt und auch in den der Regierung zur Verfügung stehenden Zeitungen ist bereits ein weit ruhigerer Ton zu verzeichnen. In Regierungskreisen hält man allerdings vorläufig daran fest, daß die Türkei die Maritza-Grenze einschließlich Adrianopel erhalten müsse. Die Reise des Thronfolgers Jussuf Izzedin und eines Sohnes des Sultans nach Adrianopel zeigt, daß man auch äußerlich den Zusammenhang der Türkei mit Adrianopel weiter festlegen will. Der aus Adrianopel zurückgekehrte Minister Talaat Pascha und der Finanzminister Rifaat Pascha, der im Hauptquartier war, erklären, die Stimmung der Armee lasse eine Rückgabe Adrianopels als ausgeschlossen erscheinen.

Während die Meldungen über den voraussichtlich baldigen Friedensschluß bestimmtere Formen annehmen, nimmt das blutige Würgen der Kriegsfurie noch kein Ende. Die Griechen melden: In den Kämpfen bei Simetli, die mit einer vollständigen Niederlage der Bulgaren endeten, hielten diese eine steile Anhöhe besetzt, die 1260 Meter über dem Wasserspiegel liegt. Die Stellung war durch Reihen starker Artillerieverschanzungen befestigt. Die Griechen mußten bei strömendem Regen und Nebel die schwierigen Kresnapässe, die sich über 20 Kilometer erstrecken, überwinden. Die Bulgaren hatten alle Brücken zerstört, aber die Genietruppen stellten die Verbindungen wieder her. Die Bulgaren beschossen die Pässe lebhaft und machten so den Vormarsch für die griechische Artillerie schwierig. Deshalb rückten die Griechen während der Nacht vor. Am Sonnabend wurden die Bulgaren auf der ganzen Front von den vorgeschobenen Stellungen auf die Hauptstellung zurückgeworfen. Die Griechen gingen, nachdem sie den Ausgang der Pässe erreicht hatten, zum Sturmangriff vor. Nach heftigem Kampfe wurden die Bulgaren vollständig zersprengt.

Serbische Berichte sagen: Am Sonntag bei Tagesanbruch haben die Bulgaren die serbischen Stellungen bei Tzrvenigrod in der Nähe von Egri Polonka, dort, wo die früheren serbisch-türkisch-bulgarischen Grenzen zusammenstoßen, angegriffen, der Angriff wurde aber sofort energisch zurückgewiesen. Die serbischen Truppen verblieben in ihren Stellungen, nachdem sie den Feind vertrieben hatten. Ein ähnlicher Angriff wurde von den Bulgaren bei Blassina ausgeführt, aber ebenfalls abgeschlagen. An allen übrigen Punkten herrscht Ruhe.

Dagegen wird von den Bulgaren erklärt: Am Sonntag kam es auf der ganzen Front zu einem ernsten Zusammenstoß mit den Serben. Die Griechen unternahmen mit bedeutenden Kräften einen Angriff gegen den linken Flügel der Bulgaren, sie wurden aber durch einen Gegenangriff zum Rückzug gezwungen, wobei sie zwei Geschütze und ein Maschinengewehr zurückließen.

Bei dem Dorfe Urumbegli im Bezirk Kizilagatsch fand ein Gefecht mit Baschibozuks und türkischen Kavalleriepatrouillen statt. Der Bürgermeister des Dorfes wurde getötet. In dem Dorfe Gerdeme sowie in anderen Ortschaften schleppten türkische Soldaten Vieh fort. Das Dorf Derlteksej wurde von den türkischen Truppen in Brand gesteckt.

Aus Saloniki kommt unterm 27. Juli folgende Meldung: Der größte Teil der hier befindlichen griechischen Marine-Infanterie ist nach Dedeagatsch abgegangen. Die Griechen besetzten die ganze Küste von Kavalla bis Enos.

Die Cholera! Amtlichen serbischen Berichten zufolge wurden innerhalb des Königreichs Serbien im ganzen bisher 400 Cholerafälle festgestellt, wovon 161 tödlich verliefen. Unter den an Cholera erkrankten Personen befinden sich 348 Soldaten, unter den an Cholera Verstorbenen 138 Soldaten. In Belgrad wurden bisher insgesamt 118 Choleraerkrankungen festgestellt, von denen 48 tödlich verliefen. Davon sind 106 beziehungsweise 42 Soldaten.

Amtlichen Berichten aus Triest zufolge ist in Saloniki die Cholera ausgebrochen. Daher werden alle Provenienzen aus den Häfen längs des Küstengebietes, welches sich vom Bosporus bis zum Golf von Saloniki, und zwar bis zur alten griechischen Grenze, erstreckt, gemäß den einschlägigen restriktiven Bestimmungen behandelt werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 29. Juli.

Das neue Verwaltungsgebäude des Konsumvereins ist gestern gerichtet worden. Hunderte fleißige Hände haben in den letzten Wochen emsig geschafft, um das Werk derart zu fördern, und bald wird es soweit gediehen sein, daß es seiner Bestimmung übergeben werden kann. Trotz aller Machinationen der Gegner dringt der genossenschaftliche Gedanke in immer weitere Kreise unserer Bevölkerung, und wünschen wir dem Konsumverein ein derartiges weiteres Anwachsen, daß die großen stattlichen Räume des neuen Gebäudes sich bald wieder als zu klein erweisen mögen.

Große Freude herrscht bei allen guten Patrioten dieser Stadt darüber, daß Wilhelm II. demnächst nach Lübeck kommen wird. Am Sonntag, dem 10. August, nachmittags, wird der Kaiser hier eintreffen, sich in der Marienkirche etwas auf der Orgel vorspielen lassen und dann im Bürgerschaftssaale essen. Die Kosten, die sicherlich nicht gering sein werden, tragen die Steuerzahler, die in ihrer großen Mehrheit Republikaner sind. Dafür wird die bürgerliche Presse byzantinische Purzelbäume schlagen.

Ein Weltreisender, der die ganze Erde durchtippeln will, um sich einen von Holland dafür ausgesetzten Preis von 20 000 Gulden zu verdienen, stellte sich heute mittag in der Redaktion des „Lübecker Volksboten" vor. Carl Maglia, so heißt der starkgebräunte junge Mann, hat am 15. Februar d. J. die Reise in Dresden angetreten und hat bisher Deutschland, Rußland, Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark durchwandert; er gedenkt sich jetzt nach Südamerika einzuschiffen und dort seine Weltreise fortzusetzen. Seinen Unterhalt bestreitet Maglia durch den Verkauf von Postkarten.

b. **Schöffengericht** am 29. Juli. In Gedanken versunken darf ein Kutscher nicht sein. Da der Rosselenker W. die nötige Vorsicht außer acht ließ und dadurch einen Zusammenstoß mit der Elektrischen verursachte, kostet ihm dieser Spaß außer dem Schadensersatz 10 Mark Strafe. — Der Name tut nichts zur Sache. Ob er Ziegenhagen oder Senftenberg heißt, darüber wollte der „Arbeiter" S. eine von den Akten abweichende Klarstellung geben. Es kam aber weniger hierauf an, als darauf, daß es sich um die richtige Person handelt; die war es auch: ein ständig wiederkehrender Gast vor Gericht. Wegen Bettelns bekommt er 6 Wochen Haft und wird der Landespolizeibehörde überwiesen. — Billig gewohnt hat hier der Kaufmann L. aus Ansbach. Er mietete sich in zwei Wirtschaften unter falschem Namen ein und gab an, in einem größeren Geschäft angestellt zu sein. Dieses „Geschäft" war die Armenanstalt. Da L. ohne zu bezahlen abreiste, wird er zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. — Einen Sack mit Fichtenzweigen will der Gärtner Sch. im Wesloer Forstbezirk zufällig gefunden haben. Sie waren frisch geschnitten und die Frau, der sie gehören sollten, nicht zu entdecken. Das Gericht glaubt dem Angeklagten nicht, da er sehr viele Vorstrafen wegen Forstdiebstahl auf dem Kerbholz hat. Das Urteil lautet auf 7,50 Mk. oder 2 Tage Haft, 6 Wochen Gefängnis und Ersatz des Schadens im Werte von 75 Pfennig an den lübeckischen Staat. Laut Gesetz muß in Betracht gezogen werden, daß der Diebstahl an einem Sonntag und zwecks Veräußerung begangen wurde. — Ringliebhaber. Ein dänischer Kellner nahm seinem Kollegen in Travemünde einen Ring weg, vergrub diesen im Garten und wollte ihn auch bei einem Goldarbeiter umarbeiten lassen. Der noch nicht 18 Jahre alte, aber schon vorbestrafte Angeklagte wird mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. — Mit Schuft und Schweinehund belegte der Klavierspieler F. den Beistand einer Witwe, der einer Tochter dieser den Verkehr mit dem Klavierkünstler untersagte. Er ist noch unbestraft und kommt mit 50 Mk. Geldstrafe davon.

Eine zweite Landungsfahrt des Zeppelinluftschiffes „Hansa" nach Lübeck. Mehrfachen Anregungen Folge gebend, hat die sportliche Leitung des Lübecker Vereins für Luftfahrt versucht, eine zweite Landungsfahrt des Zeppelinluftschiffes „Hansa" zu arrangieren. Die Stationierung des Luftschiffes in der Hamburger Luftschiffhalle ist aber nur bis zum 15. August vorgesehen, da dann die Halle wiederum der Marineverwaltung für Marineluftschiffe zur Verfügung steht und es schweben jetzt Verhandlungen wegen eventueller Verlängerung des Aufenthaltes um einige Tage. Falls das Luftschiff noch am Sonntag, dem 17. August, in Hamburg sein sollte, steht für diesen Tag eine Landungsfahrt nach Lübeck in Aussicht, vorausgesetzt, daß sich genügend Fahrtteilnehmer finden. Der Vorstand des Vereins für Zeppelinfahrten in Stuttgart teilt der Geschäftsstelle Lübeck soeben telegraphisch mit, daß wiederum 3 Lübecker Mitglieder für eine Freifahrt im Zeppelinluftschiff ausgelost sind, nämlich Fräulein Dora Schmidt, Lachswehr-Allee, Privatier Heinrich Möller, Kl. Burgstraße, und Kaufmann R. Andresen, Hüxstraße, und werden die Genannten bei Zustandekommen der Landungsfahrt an derselben kostenlos teilnehmen können. Für andere Fahrtteilnehmer, die Mitglieder des Lübecker Vereins für Luftfahrt oder des Vereins für Zeppelinfahrten sind, beträgt der Fahrtbeitrag 150 Mk. Anmeldungen werden baldmöglichst bei Herrn Möller, Israelsdorfer Allee 13 a, erbeten.

Zehntes Kreisturnfest des Arbeiterturnerbundes. Nachdem auch der Montag, ausgefüllt mit Wetturnen, Dampferfahrten nach Travemünde und sonstigen Vergnügungen aufs beste verlaufen ist, wurden heute größere Turnfahrten unternommen. Zum Wetturnen meldeten sich 134 Turner und 63 Turnerinnen. Die allgemeinen Freiübungen wurden von 400 Turnern ausgeführt, an den Stabübungen der Turnerinnen beteiligten sich 200. Im Festzug marschierten, wie wir nachträglich bemerken, 1400 Turnerinnen und Turner von 65 Vereinen. Das Ergebnis des Wetturnens ist folgendes: Die Kreismeisterschaft im Schlagball errang Hamburg-Eilbeck, im Faustball Rotenburgsort, in der Meisterschaft für Frauen siegte Hamburg „Vorwärts" im Faustball und im Tamburinball. Als Sieger aus dem Sechskampf und Dreikampf gingen hervor:

Mittelstufe.

1. Stegmann, Kiel	113	Punkte
2. Paul, Waren	108	„
3. Kläbsch, Kiel	107½	„
4. Heitsch, Lüneburg	105	„
5. Günther, Hamburg-Eilbek	102½	„
6. Kosz, Schwerin	99½	„
6a. Rauschenbach, Friedrichsort	99½	„
7. Rintsche, Hamburg-Eilbeck	97	„
8. Hoff, Hamburg-Barmbeck I	95½	„
9. Hamdorf, Gr. Flottbeck-Blankenese	93½	„
10. Peters, Harburg	92½	„

Turnerinnen im Dreikampf.

1. Fr. Paul, Hamburg, Vorwärts I	48½	Punkte
2. E. Schleicher, „ Vorwärts I	41	„
3. A. Petersen, „ Vorwärts I	38	„
4. R. Stein, „ Barmbeck	37	„
5. E. Spangenberg, Hamburg-Rotenburgsort	36	„
6. M. Stangenberg, Hamburg-Rotenburgsort	35	„
7. G. Schmidt, Hamburg-Eilbeck I	32	„
8. Fr. Brodde, Hamburg, Vorwärts I	31½	„
9. J. Engel, Hamburg-Eilbeck I	30½	„
10. E. Drews, Hamburg-Eilbeck I	29½	„

In der Oberstufe siegten im Sechskampf:

1. W. Schulz, Hamburg, „Vorwärts", Abt. 1	88	Punkte
2. A. Thode, „ „	83½	„
3. Krause, Osdorf, Blankenese	77	„
4. R. Kruse, Kiel, Freie Turnerschaft a. d. K. F.	76	„
5. L. Gerland, Hamburg, „Vorwärts", Abt. 1	75	„
6. R. Petersson, Hamburg, Barmbeck, Abt. 1	72	„
7. F. Kruppa, Ottensen, Arbeiter-Turnverein	71	„
8. B. Schröder, Hamburg, „Vorwärts", Abt. 2	69½	„
9. F. Staats, „ „ Abt. 1	69	„
9. Spielmann, Hamburg, Rotenburgsort	68	„

Der glänzende Verlauf dieses zehnten Kreisturnfestes für den dritten Kreis des Arbeiter-Turnerbundes dürfte nicht nur alle Teilnehmer hoch befriedigt, sondern auch der Förderung der Arbeiter-Turnbewegung in wirksamster Weise gedient haben.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 28. d. M. ist aus dem Vorgarten eines an der Adlerstraße belegenen Hauses ein Fahrrad mit einer englischen Marke, grünem Gestell, Aluminiumfelgen, Freilauf, Rücktrittbremse, gerader Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1141 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An der Lenkstange befinden sich noch die Oesen für die frühere Handbremse.

Hamburg. Zum Hamburger Werftarbeiterstreik. In den letzten Tagen haben verschiedene am Streik beteiligte und interessierte Gewerkschaften in Vertrauensmänner- und Mitgliederversammlungen Stellung zur Streiksituation und zum Verhalten der Verbandsleitungen genommen. Die Versammlung der Schmiede und Kesselschmiede verurteilte die Haltung des Zentralvorstandes. Es kam die Meinung zum Ausdruck: Die Werftarbeiter dürften den Werftgewaltigen nicht ausgeliefert werden. Eine Resolution, die den Werftarbeitern die Sympathie der Versammlung ausspricht und vom Vorstand erwartet, daß er die Bewegung sanktioniert, wurde angenommen. Der Erhebung von Extrabeiträgen in Höhe von 1 Mk. bis 4 Mk. pro Woche wurde zugestimmt. In einer Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes legte ein Vertreter des Vorstandes die Gründe dar, die maßgebend für die Stellung der Organisationsleitung waren. Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Delegiertenversammlung sämtlicher Branchen des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Hamburg, bedauert aufs lebhafteste die statutenwidrige Arbeitseinstellung auf den Werften. Es kann aber unserer Kollegenschaft kein Vorwurf gemacht werden, da für dieselben nach Lage der Dinge die Weiterarbeit unmöglich war. Die Versammlung bedauert den Standpunkt der Hauptvorstände der beteiligten Gewerkschaften, durch welchen die Streikenden den Werftgewaltigen auf Gnade oder Ungnade überliefert sind. Sie fordern den Hauptvorstand dringend auf, unverzüglich seine Genehmigung zum Streik zu geben und den Streikenden die statutenmäßige Unterstützung zu zahlen". Einen Antrag der Ortsverwaltung zur Aufbringung von Mitteln zur Unterstützung der Streikenden lehnten die Delegierten ab. Die Former und Gießereiarbeiter nahmen ebenfalls zu dem Streik der Werftarbeiter Stellung. Die Haltung der Zentralvorstände wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Sympathieresolution wurde angenommen. In ihr heißt es: Die Versammlung fordert die gesamte Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Hamburg auf, dafür einzutreten, daß dem Hauptvorstand das Verfügungsrecht über unsere Lokalkasse abgesprochen wird und die Lokalkasse im Interesse der Werftarbeiter in Anspruch genommen wird. Ein Extrabeitrag von 50 Pfg. bis 2 Mk. pro Woche wurde angenommen. Die Graveure, Ziseleure, Gold- und Silberschmiede nahmen in ihrer Versammlung eine andere Stellung ein. Sowohl das Verhalten der Werftarbeiter als das der Vorstände wurde kritisiert. In einer Resolution heißt es: Die Versammelten erblicken in der am 14. Juni erfolgten Arbeitsniederlegung einen groben Verstoß gegen das Verbandsstatut und befürchten bei Wiederholung derartiger Angelegenheiten eine schwere Schädigung der Arbeiterorganisationen. Um aber die Situation nicht noch zu verschlimmern und die Fortentwicklung des Verbandes nicht noch weiter zu gefährden, erklärt sich die Versammlung mit den freiwilligen Extrabeiträgen einverstanden. Die Beiträge wurden auf 50 Pfg. bis 3 Mk., je nach der Höhe des Verdienstes, festgesetzt. Eine Versammlung der Schiffszimmerer beschloß einen Extrabeitrag von 1,50 Mk., den die arbeitenden Kollegen während des Streiks allwöchentlich zu leisten haben. Die Befürchtung, daß am Montag ein größerer Zuzug von Streikbrechern zu erwarten sei, war vorläufig unnötig. Diejenigen, die noch keine Unterstützung zu bekommen haben, sind zum großen Teil abgereist, oder sie warten auf die Entscheidung der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter. Die Gelben versuchen, Streikbrecher heranzuschaffen. Nennenswerten Erfolg haben aber auch sie nicht zu verzeichnen. Ein Agent der Gelben versucht, in Ahlfeld a. d. L. Streikbrecher für die Vulkan-Werft zu werben. Die verschiedenen Gruppen des Metallarbeiterverbandes haben jetzt sämtlich die Erhebung eines Extrabeitrages beschlossen. Der Bund der Techniker ermahnt in einem Zirkular seine Mitglieder, sich nicht zu Streikbrecherarbeiten herzugeben und Arbeiten, die sie bisher nicht verrichtet haben, nicht zu übernehmen. Trotzdem haben sich verschiedene Techniker und Beamte des Kalkulationsbureaus der Vulkan-Werft freiwillig zu Streikbrecherarbeiten hergegeben. Wie sich die Bundesleitung zu diesen Tatsachen stellt, muß abgewartet werden. Es müßte den im Bund organisierten Technikern doch möglich sein, ihre Mitglieder von solchem Verrat der Streikenden zurückzuhalten.

Hamburg. Eine Bluttat aus verschmähter Liebe. Der am 2. November 1867 zu Dresden geborene Holzbildhauer Bönhardt versuchte am Montag vormittag seine Logiswirtin, die im Kornträgergang 5, 1. Etage wohnende Witwe und Wäscherin Frau Klüß, zu erschießen. Bönhardt war in seine Logisgeberin verliebt und gedachte die Frau zu ehelichen, wurde aber von der Witwe abgewiesen. Diese Abweisung hat den 45 Jahre alten Mann um den Verstand gebracht. Am Montag vormittag zog B., nach einer kurzen Auseinandersetzung mit der Witwe, einen Revolver hervor und gab schnell hintereinander drei Schüsse auf die Klüß ab. Die Frau erhielt zwei Kugeln in die rechte Brustseite und eine Kugel in den rechten Unterarm. Als B. die Frau wanken sah, richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel in die Schläfe, die seinen Tod zur Folge hatte. Frau Kl. ist nur leicht verletzt worden, da die beiden Brustschüsse nur Fleischwunden sind und keinen Knochen verletzt haben. Sie konnte noch im Laufe des Tages aus dem Krankenhaus entlassen werden. — Tödliche Unglücksfälle. Am Sonnabend abend stürzte der zwölfjährige Knabe Bannowski in dem Wohnhause seiner Eltern, am Schulterblatt 64, übers Treppengeländer in die Tiefe, wo er schwerverletzt und besinnungslos liegen blieb. Man brachte den Knaben ins Hafenkrankenhaus, wo er bald nach der Einlieferung starb. Aus dem Fenster gestürzt ist am Montag das vierjährige Kind der Eheleute Huß, die Schulterblatt 58, Haus 1, dritte Etage wohnen. Das Kind war sofort tot. In der Talstraße vor dem Hause 68 ist auf dem Trottoir eine Grube gegraben, anscheinend zur Müllaufnahme bestimmt. Die drei Jahre alte Tochter der Talstraße 73 wohnenden Eheleute Roggenthien ist nun am Montag abend auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in die Grube gestürzt und zwar so unglücklich, daß sie nur als Leiche herausgeholt werden konnte. — Eine Bootskatastrophe, die zwei jungen Menschen, einem Bruderpaar, das Leben kostete, ereignete sich am Sonnabend bei der Görnebrücke. Vermutlich durch den Wellenschlag eines vorüberfahrenden Dampfers geriet das mit den Brüdern Biehl besetzte Kanu ins Schwanken und kenterte. Beide Insassen fielen ins Wasser und fanden ihren Tod. Passanten vernahmen zwar Hilferufe, konnten den ins Wasser gefallenen Brüdern aber leider keine Hilfe bringen, da sie nicht einmal imstande waren die Unfallstelle zu erspähen. Die Leiche des Schlosser-gesellen Karl Biehl wurde bald geborgen, während die Leiche des zweiten Ertrunkenen, des Bureaugehilfen Adolf Biehl bisher noch nicht geborgen werden konnte.

Mirow. Großfeuer. In Mirowdorfer Ausbau wurden auf dem Gehöfte des Eigentümers Kählke Scheune und Stallungen durch Feuer zerstört. 11 fette Schweine und eine Starke sind in den Flammen umgekommen. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen.

Flensburg. Raubmord. In Schafhaus wurden Montag früh zwei polnische Arbeiter, einer ermordet und einer schwer verletzt, aufgefunden. Der Schwerverletzte ist nicht vernehmungsfähig. Er wurde in die Diakonissen-Anstalt Flensburg übergeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Es handelt sich um einen Raubmord. Der Erschlagene und der Schwerverletzte sind Sonntag abend dort eingetroffen, um bei den Chausseearbeiten Arbeit zu finden. Sie haben im Kornfeld genächtigt und sind dort erschlagen und beraubt worden. Der Name des ermordeten Arbeiters ist Franz Schibinski und der des Schwerverletzten Paul Rogwiegurski; beide sind aus Salamoni in Polen gebürtig. Als Täter kommen zwei Chausseearbeiter in Frage, die Sonntag abend mit den beiden Polen gesehen wurden und noch nicht in ihr Logis zurückgekehrt sind. — Schwerer Zugunfall. Auf der Kleinbahnstrecke Flensburg—Sillerup entgleisten die Lokomotive und zwei Wagen. Ein zwölfjähriges Mädchen, die Tochter des Wagenschmieds Bonde in Hadersleben, wurde totgequetscht, einem Arbeiter Andr. Mortensen aus Barlund wurde ein Ohr durch Glassplitter abgeschnitten. Wie das Unglück entstanden ist, weiß man nicht, vermutlich ist aber infolge der Hitze die Geleise verschoben worden.

Alt-Strelitz. Mecklenburgischer Landesparteitag. 2. Verhandlungstag. Zunächst wurde in die Beratung des neuen Bezirksstatutes fortgefahren und vor allem der Delegationsmodus bekämpft. Die Mehrheit der Delegierten wollte daran festhalten, daß die Ortsvereine und nicht die Kreise die Delegierten entsenden. Es wurde nach längerer Debatte ein Vermittelungsvorschlag angenommen, der dahin geht, die Regelung des Delegationssystems dem nächsten ersten Bezirksparteitag zu überweisen. Zu diesem wählt Mecklenburg noch einmal nach dem alten Modus. Hierauf wurde das ganze Statut, darunter auch die Einführung des Wochenbeitrages von 10 Pfg. in Mecklenburg angenommen und wird am 1. April 1914 in Kraft treten. Es folgte dann Punkt 4 der Tagesordnung „Die mecklenburgische Verfassungsreform". Darüber hielt Genosse Starosson-Rostock ein 1½-stündiges sehr interessantes Referat, das mit starkem Beifall belohnt wurde. In der Diskussion ging Genosse Dr. Herzfeld noch einmal auf den sozialdemokratischen Antrag im Reichstage ein, der von der Reichsregierung einen Eingriff zur Herstellung einer modernen Verfassung in Mecklenburg verlangt. Dabei streifte er auch die Frage des Massenstreiks, bei der er den Kampfcharakter der Gewerkschaften herabsetzte und sie als reine Unterstützungsvereine hinstellte, was bei einem großen Teil der Versammlung scharfen Protest auslöste. Genosse Pfannkuch-Berlin trat ebenfalls Herzfelds Ansicht entgegen. Er erklärte, daß es noch nicht geklärt sei, was eigentlich unter Massenstreik zu verstehen ist; die Meinungen gehen darüber sehr auseinander. In nächster Zeit würden Parteivorstand und Generalkommission gemeinsam die Frage besprechen und dem Parteiausschuß noch vor dem Parteitag darüber berichten, so daß auf dem Parteitag eine einheitliche Auffassung herbeigeführt werden könne. Es wurde dann ein Antrag angenommen, daß bei einer eventuellen Verfassungsänderung für Mecklenburg eine außerordentliche Landeskonferenz einberufen werden soll. Sodann berichtete Genosse Respital-Rostock über die Bildungsarbeit. Sein sehr instruktives Referat erzielte lebhaften Beifall. — In der Nachmittagssitzung besprach dann bei der Stellungnahme zum Parteitag in Jena der Genosse Dr. Herzfeld die Haltung der Reichstagsfraktion zu den neuen Militär- und Steuergesetzen. Er erklärte sich als Gegner der Bewilligung. Die Genossen Starosson und Respital-Rostock, sowie Genosse Heinrich Lüth-Hamburg verteidigten die Haltung der Fraktion. Genosse Herzfeld vermochte in seinem Schlußwort nicht, die Ausführungen dieser Redner zu entkräften. Der nächste Parteitag findet als erster Bezirksparteitag für Mecklenburg und Lübeck in Malchin statt. Genosse Kröger faßte in einem kurzen Schlußwort die Verhandlungen des Parteitages, die außerordentlich wichtig waren, zusammen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Obernwohlde. Eine ländliche Feuersbrunst kam hier am Sonntag zum Ausbruch. Das Feuer entstand im Hause des Hufners Hart. Eingeäschert wurden das Wohnhaus und eine große Bretterscheune des Hufners Hart, das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Hufners Jessen und ein Katen und eine Scheune der Witwe Tews. Sämtliche Gebäude waren weich gedeckt. Die Feuerwehren, die nach und nach aus den Nachbarorten eintrafen, waren dem Flammenmeer gegenüber machtlos.

Oldenburg. Eisenbahnunfall. In der Nacht zum 26. Juli um 12 Uhr 5 Min. ist der Personenzug 232 von dem unmittelbar vor der Emsbrücke liegenden Haltepunkt Hilkenborg bei offener Brücke und auf Halt stehendem Signal weitergefahren. Die Lokomotive ist in die Drehöffnung gestürzt und hängt mit drei Achsen über den Brückenpfeiler herab, sie wird in dieser Lage durch den dahinter stehenden Zug gehalten. Personen sind nicht verletzt. Die Fahrgäste des Zuges 232 wurden mit der Fähre über die Ems befördert und mit Sonderzug nach Neuschanz weiter gefahren. Die Sperrung der Strecke wird voraussichtlich mehrere Tage dauern. Der Personenverkehr wird mittels Fähre durch Umsteigen aufrecht erhalten; der Güterverkehr umgeleitet; der Schiffahrtbetrieb ist nicht gestört und erfolgt durch die westliche Drehöffnung.

Aus Nah und Fern.

Schweres Automobilunglück. Im Wald von Fontainebleau bei Paris hat sich Sonntag ein schweres Automobilunglück ereignet. In der Nähe von Melun stießen zwei Automobile an einer Straßenkreuzung zusammen. In dem einen Automobil saß der Pariser Theateragent Montcharmont mit einigen Damen; darunter war die Frau des Direktors der Großen Oper, Madame Broussant und Frau Montcharmont. Das Automobil fuhr mit einer Geschwindigkeit von sechzig Kilometern in der Stunde eine der einsamen Straßen des Waldes entlang. In dem anderen Automobil saß der Pariser Bankier Brault mit einer Dame. Auch dieses Automobil fuhr mit voller Geschwindigkeit einen Waldweg entlang, der die obige Straße kreuzt. An der Kreuzung rannten die beiden Wagen mit voller Kraft gegeneinander und zertrümmerten einander vollständig. Aus dem Trümmerhaufen zog man zwei tote Damen und vier Schwerverletzte hervor. Nur Frau Broussart ist wie durch ein Wunder ohne Verletzungen davongekommen. Die Toten sind Frau Montcharmont und die Schauspielerin Dubourg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Fried. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 30. Juli 1913

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
3. Stellungnahme zum Jugendheim.
4. Wahl von Festkomiteemitglieder zu unserem Sommervergnügen und zum Gewerkschaftsfest.
5. Verschiedenes.

5774 **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist ein dringendes Erfordernis. D. O.

Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom siegbaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen 832

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertrieb für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.

Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

~~Johannisstraße 46.~~

Mein Saison-Ausverkauf

beginnt am Mittwoch, dem 30. Juli.

Die Preisermäßigungen sind ganz enorm, einzelne Sachen sind auf die Hälfte des bisherigen Preises herabgesetzt. 5771

	Serie I	II	III	IV
Damen-Blusen-Schürzen	78 ₰	95 ₰	1.38	1.95
	Serie I	II	III	
Damen-Hemden, einzelne Sachen leicht bestäubt	1.25	1.48	1.95	

Damen-Blusen für die Arbeit zum Aussuchen . . . . . Stück **1.38**

Mädchen-Service- und Blaudruck-Kleider ohne Rücksicht auf den früheren Preis jetzt . . . . . Stück **3.95**

Ein Posten **blaue Mädchen-Satin-Turnhosen,** alle Größen . . . . . **jetzt 68 ₰**

Ein Posten **schwarze Cheviot-Reformhosen** . . . . . **jetzt 2.25**

Ein Posten **farbige Finger-Handschuhe** . . . . . sonst bis **1.35, jetzt** Paar **50 ₰**

Ein Posten **Kinder-Kleider** . . . . . sonst bis **1.95, jetzt** Stück **95 ₰**

		Serie I	II
Ein Posten	**Spitzen-Kragen**	48 ₰	78 ₰

		Serie I	II	III
Ein Posten	**Russenkittel**	62 ₰	78 ₰	95 ₰

Ein Posten **Druckknöpfe** (Restbestände früherer Marken) . . . sonst p. Dtzd. bis **25 ₰ jetzt 5 ₰**

Ein Posten **Mousseline** . . . . . Meter **25 38 58 ₰**

Ein Posten **Kinderstrümpfe** Gr. 1-5, braun u. schwarz, sonst bis **60 ₰, jetzt** Paar **25** u. **30 ₰**

Ein Posten **braune Kinderstrümpfe** . . . . Größe 6—10, sonst bis **85 ₰, jetzt** Paar **45 ₰**

Ein Posten **Hosenträger** . . . . . sonst bis **1.65, jetzt** Paar **50 98 ₰**

Ein Posten **Sportfronts** . . . . . sonst bis **75 ₰, jetzt** Stück **38 ₰**

Ein Posten **Ober- und Einsatzhemde** . . . . . **jetzt** Stück **2.58**

Teppiche, Läuferstoffe u. Steppdecken wegen Platzmangels **enorm billig.**

Ein Posten **Gerstenkorn-Handtücher** . . . . . Stück **30 ₰**

Ein Posten **grobfädiges Hemdentuch** . . . . . 10 Meter **3.85** 5 Meter **1.95**

Gardinen-Reste . . . . . ca. 1½ Meter, Stück **50 ₰**

Ein Posten **Hausschuhe** . . . . . Paar **95 ₰**

Ein Posten **Malerschuhe** extra billig . . . . . Paar **78 ₰**

Ein Posten **Segeltuch-Sandalen** alle noch vorrätigen Größen . . . . . Paar **95 ₰**

Ein Posten **Damen-Halbschuhe** mit Lackkappe, Derbyschnitt . . . . . Paar **4.95** u. **5.85**

Ein Posten **Damen-Stiefel** Roßchevreau und Rindbox . . . . sonst bis **8.95, jetzt** Paar **5.95**

Ein Posten **Damen-Stiefel** Rindbox, Chevreau, Derbyschn. u. Lackk., sonst **8.95 jetzt** Paar **6.95**

Auf fast allen regulären Waren 10 % Preisermässigung.

Trotz der enorm billigen Preise rote Rabattmarken.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Johannes Holst

Kohlmarkt 6 Markt 6.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonntag verstarb unser Genosse

Fritz Wulff,

Engelswisch 33/2.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, nachmittags 4½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus. Die Mitglieder sammeln sich bis 4 Uhr im „Weißen Hirsch".

5777) **Der Vorstand.**

Deutscher

Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am 27. Juli dieses Jahres starb unser Kollege, der Hafenarbeiter

Fritz Wulff,

im Alter von 61 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. Juli ds. Js., nachm. 4½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Trauerfeier um 3½ Uhr, vom Restaurant des Kollegen Paul Lindenberg, Krempelsdorf.

5778) **Der Vorstand.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, meiner Kinder lieber Vater, allen Beteiligten sowie Herrn Pastor Vietig für die trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank. (5761

Stockelsdorf, den 29. Juli 1913.

Frau Dora Kloth und Kinder.

Laufmädchen sofort gesucht.

M. Schicht, Schwartau,

5770) Rantzau-Allee 17, I.

Kleiner Hausbursche

für häusl. Arbeiten u. zum Bedienen der Gäste gesucht. 5768

Wilh. Pries, „Holst. Haus", Marlesgr.

Gesucht zum 1. Okt. e. **2-Zimm.-Wohn.** im Preise v. 200—220 Mk. Holstentor-Nord. Ang. u. **W T 10** an die Exped. d. Bl. (5769

Laden mit Wohnung

3 Stuben und Küche zu vermieten.

5764) Westhoffstraße 18.

Möbl. Zimmer 5762

zu vermieten. Sadowastraße 23, I.

Zu verk. fast neuer grüner **Kinderwagen** mit Gummi, 20 Mk., **eiserne Bettstelle,** 2 Mk. 5773

Langer Lohberg 39, Flügel.

Wäsche von jungen Leuten wird gewaschen und ausgebessert, auch Hausstandswäsche. Ang. u. **W P** an die Exp. d. Bl. (5763

Zucker

gemahlen Pfund **21 ₰** bei 10 Pfund **20 ₰**

in Broden von ca. 20 Pfund **22 ₰**

in Broden von ca. 10 Pfund **23 ₰**

Carl Fr. Timm Nchfg.

Glockengießerstr. 16. 5775

Hurra, keine Fleischnot ist da!

Jg. Ziegenfleisch Pfd. 40 ₰. Jung. Hammelfleisch Pfd. 60 ₰. Junge Hammelkeule Pfd. 70 ₰. 29 Markthallenst. 29. Mittwoch v. 7—1 Uhr.

Leere Farbetonnen

vorrätig.

Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Mittwoch, den 30. Juli:

Gastspiel der bekannten Tragödin

Else Strohm-Ambronn

vom Stadt-Theater in Breslau.

HEIMAT.

Donnerstag, den 31. Juli:

Auf vielseitiges Verlangen

Hasemanns Töchter.

Freitag, 1. Aug.: Festvorstellung.

Benefiz für Julius Heydecker.

Der größte Operettenschlager.

PUPPCHEN.

5766) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 175. Dienstag, den 29. Juli 1913. 20. Jahrg.

Die Schattenseiten der Heeresvermehrung.

Die nationalistische Presse und die von ihr beeinflußten Vertreter der Militärverwaltung haben in allen Tonarten versichert, daß Deutschland nach Annahme der neuen Militärvorlage nahezu unüberwindlich sei. Es ist nun gewiß nicht ohne Interesse, was der Generalleutnant z. D. von Reichenau im „Tag“ kritisch dazu äußert. Von sozialdemokratischer Seite ist mehr als einmal im Reichstag betont worden, daß mit der Vergrößerung der Armee ins Ungemessene nicht nur die Schwierigkeit der Führung, sondern auch die der Verpflegung so ungeheurer Truppenmassen wächst. An militärischen Führern ist freilich kein Mangel, aber die Lorbeeren, mit denen sie prunken, haben sie lediglich auf dem völlig ungefährlichen Manöverfeld sich geholt. Es sei nur daran erinnert, wie Fachleute seinerzeit über die vom deutschen Kaiser geführten glänzenden Reiterattacken geurteilt haben. Die Meinung ging damals dahin, daß im Ernstfalle kein einziger dieser Reiter mit dem Leben davongekommen wäre. Der General v. Reichenau, der die Schwierigkeiten der Heeresstärkung im Ernstfalle erörtert, sagt daher auch:

„Die sich der Führung und sicherlich der Verpflegung der Millionenheere entgegenstellenden Hemmungen aller Art dürfen nicht unterschätzt werden, wozu indes so lange eine gewisse Gefahr vorliegt, als Aufgaben dieser Art noch nicht praktisch gelöst worden sind. Das konnte aber noch nicht geschehen, weil bisher niemals so große Heeresmassen verfügbar waren, wie sie künftig im Kriege zur Verwendung gelangen sollen, und weil sie noch niemals so rasch bewegt werden konnten.“

Aus diesem Grunde kommt der General zu dem Schluß, daß es fraglich sei, ob man die Armee unbegrenzt vermehren könne, selbst wenn Menschen und Mittel in reichem Maße vorhanden sein sollten. Von den Soldaten wird allerdings die Ertragung von Strapazen und Entbehrungen gefordert. Allein was nützt der beste Wille, wenn die physischen Kräfte versagen. Die Niederlage der von deutschen Offizieren geschulten türkischen Armee ist in der Hauptsache auf den Mangel an Verpflegung zurückzuführen. „Wenn die Hunderttausende“, sagt General von Reichenau, „vor dem Schlagen im engen Raum vereinigt werden müssen, verschwinden die Lebensmittel des Landes wie die Blätter beim Einfallen von Heuschreckenschwärmen. Die endlosen Verpflegungskolonnen aber werden oft genug an den ausgefahrenen Wegen festliegen, so sehnsüchtig auch die Hungernden nach ihnen verlangen. In solcher Lage heißt es, den Leibgurt fester ziehen.“

Wenn es damit getan wäre, dann möchte es immer noch gehen, allein auch das Anziehen des Leibgurtes hat nun einmal eine ganz bestimmte Grenze. Daß die deutsche Intendantur nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgaben gestanden war, das zeigte sich, als es sich darum handelte, die Truppen auszurüsten, die nach Südwestafrika geschickt wurden, um den Hereroaufstand niederzuwerfen. Allerdings ist damals bei den Truppen kein Mangel eingetreten, vielmehr schwelgte alles im Ueberfluß und zwar derart, daß heute noch Vorräte an Dingen vorhanden sind, die damals im Uebermaß angeschafft wurden. Es sei nur erinnert an die Zehntausende von Unterhosen, die bei der Kolonialverwaltung liegen und für die der Staatssekretär Dernburg keinerlei Verwendung zu haben erklärte. Wenn die Intendantur schon in einem solchen Falle versagt, wie sollte das erst im Ernstfalle werden, wo nicht so ohne weiteres aus dem Vollen geschöpft werden kann, wo aber ganz andere Truppenmassen in Frage kommen.

Neben der Sorge um die Verpflegung der Truppen bewegt den General von Reichenau vor allen Dingen die weitere Sorge, daß die Truppen nicht genügend starke Nerven haben, um die Aufregung im Ernstfalle ruhig vertragen zu können. Er setzt das in den folgenden Zeilen auseinander:

„Die schon jetzt oft den Atem raubende Schnelligkeit des Infanteriefeuers hat den Gipfelpunkt noch längst nicht erreicht, denn schon ist das Selbstladegewehr in Sicht, das in Vereinigung mit dem Maschinengewehr imstande ist, sich in die Ziele, gleich einer Stichflamme in Wachs, hineinzufressen. Welche Probe für die Nerven liegt darin! Und doch noch schärfer werden sie angespannt durch die künftig ausschließliche Verwendung der mit brisanten, dynamitähnlich wirkenden Stoffen geladenen Artilleriegeschosse. Was aber ein Schnellfeuer mit Brisantmunition heißen will, das hat man bis jetzt noch nicht voll im Ernstfall erfahren, ja, davon machen sich viele Angehörige der Armee noch keinen rechten Begriff, weil sie selbst bei Friedensübungen noch nicht in der Lage gewesen sind, am Ziel den Eindruck des Brisanzschnellfeuers auf sich wirken zu lassen. In solchem Feuer im Ernstfall nicht allein auszuharren, sondern auch die Ruhe darin noch so weit zu bewahren, wie klare Befehlsgabe und Aktionsfähigkeit es verlangen, ist eine Aufgabe, die starke Nerven und Todesmut verlangt.“

Der General müßte unter solchen Umständen eigentlich dafür eintreten, daß die Lage der arbeitenden Klasse, aus denen die Soldaten sich in der Hauptsache rekrutieren, gehoben wird, statt dessen wendet er sich gegen eine angebliche Verweichlichung, die ihre Ursache habe in verkehrter Lebensführung und in der Sucht nach Wohlleben. Ueberflüssig zu sagen, daß ein solcher Vorwurf die Arbeiterklasse nicht treffen kann, denn die enorme Verteuerung der Lebensmittel hat jede Sucht nach Wohlleben im Keime erstickt und viel besser wäre es, wenn der General einmal die Frage untersuchen würde, ob das verhätschelte und verwöhnte Offizierkorps, das wir haben, dieser Aufgabe im Ernstfalle auch bestimmt gewachsen sein wird. Wenn von Verweichlichung, von Wohlleben usw. geredet wird, dann trifft das lediglich zu auf die Abkömmlinge der besitzenden Klasse und gerade diesen werden die Führerstellen in der Armee auch im Ernstfalle vorbehalten sein. Die Ausführungen des Generals von Reichenau lassen erkennen, daß es mit der einfachen Vermehrung der Armee noch lange nicht getan ist, daß vielmehr noch ganz andere Faktoren hier in Rechnung gestellt werden müssen und daß diese Rechnung in der Tat als eine höchst unsichere bezeichnet werden muß. So lange von sozialdemokratischer Seite auf diese Umstände hingewiesen wurde, setzte sich die Militärverwaltung mit hochmütigem Achselzucken darüber hinweg; jetzt endlich, nachdem dieselben Bedenken von militärischer Seite geäußert werden, wird man ihnen immerhin in maßgebenden Kreisen einige Beachtung schenken müssen.

Weitere Schwierigkeiten nach dem Kampfe im Malergewerbe.

Die Unternehmer im Malergewerbe geben sich die erdenklichste Mühe, offen darzulegen, daß sie nur durch die Macht der Verhältnisse und den Druck der Arbeiterorganisation gezwungen, die letzten Schiedssprüche angenommen und den von ihnen entfachten Kampf aufgehoben haben. Wäre ihnen nicht der Verband der Maler im Wege gewesen, sie hätten ihre vorgefaßte Absicht, jede Lohnerhöhung abzuwehren, durchgesetzt. Nun es anders gekommen ist, üben sie Repressalien und offene Obstruktion. So verharrt der Gau Rheinland-Westfalen noch heute im Tarifbruch und lehnt die Anerkennung des Reichstarifvertrages nach wie vor ab. Dabei bedient er sich weiter des Terrorismus mit Hilfe der Zwangsinnungen und der Farbenlieferanten. Der Unternehmerverband aber sieht dem Abfall seines Gauverbandes ratlos zu.

Im übrigen Deutschland erschwert der Unternehmerverband die örtlichen Verhandlungen durch die Weigerung, die Ziffer 4 des letzten Schiedsspruches zu erfüllen, wonach dort, wo während des Kampfes für die Gehilfen günstigere Einzeltarife in größerer Zahl abgeschlossen werden, diese allgemein durchgeführt werden soll. Außerdem verweigert er die allgemeine Durchführung der Lohnerhöhungen. Die örtlichen Verhandlungen leiden unter diesem Widerstand der Unternehmer, wenn sich auch die beteiligten Arbeiter vielfach durch eigenes Vorgehen ihr Recht verschafft haben. Sollen die bestehenden Schwierigkeiten abgestellt werden, wäre eine Sitzung des Haupttarifamtes dringend notwendig; der Verband der Maler hat darum schon wiederholt ersucht. Während die Unparteiischen sich diesen Anträgen der Gehilfenorganisation durchaus anschlossen und alles aufboten, um eine Verhandlung zustande zu bringen, suchte der Unternehmerverband dieses Vorgehen mit allen Mitteln zu durchkreuzen. Er muß annehmen, daß vor dem Haupttarifamt sein tarifwidriges Treiben enthüllt und seine Mitglieder, wenn sie zur Erfüllung ihrer Pflichten formell gezwungen würden, eine neue Enttäuschung erleben würden. Das aber würde das Ansehen und die Mitgliederzahl des so gern nach außen renommierenden Unternehmerverbandes schwer beeinträchtigen.

Trotz des Widerstandes der Unternehmer erreichte es der Vorstand des Verbandes der Maler dennoch, daß für den 22. Juli eine Sitzung des Haupttarifamtes festgesetzt und die beteiligten Personen dazu eingeladen wurden. Doch die Sitzung wurde hintertrieben. Als die verschiedensten Ausflüchte nichts nützten, depeschierte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes einfach den Unparteiischen, daß er und seine Leute nicht erscheinen würden und setzte es auf diese unerhörte Weise durch, daß der Termin in letzter Stunde abgesagt wurde. Wie schlimm muß es um die Sache der Scharfmacher stehen, wenn sie in dieser Weise kneifen. — Natürlich ist aufgeschoben nicht etwa aufgehoben. Es wird den Herren nichts geschenkt werden und die Folgen der von ihnen betriebenen Diskreditierung des Tarifgedankens werden die Unternehmerverbändler noch zeitig genug zu spüren bekommen. Wohl rechnen die Unternehmer mit der jetzt nicht gerade günstigen Konjunktur. Doch die Zeiten ändern sich wieder und dann kann der Spieß auch einmal umgedreht werden.

Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung des Malerverbandes auf Stärkung des Kampffonds und den inneren Ausbau der Organisation durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden der Gehilfenorganisation und den organisierten Malergehilfen so zum Vorteil gereichen, daß sie in kurzer Zeit kräftiger und kampffähiger dastehen werden als je. Dafür bürgt die verständnisvolle Auf-

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

42. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

„Ja, ich leide . . .“ antwortete die Irre mit erschreckender Gleichgültigkeit, und in dem Tone, in dem sie gesagt haben würde: Ich bin noch da. Dann fügte sie mit kurzer, herrischer Stimme hinzu: „Hast du ihn gesehen? Er ist wiedergekommen. Aber er will nicht mit mir sprechen. Hat er dir gesagt, warum . . .?“

„Er sagte mir, er würde wiederkommen,“ antwortete Marcella, indem sie versuchte, ihrer fixen Idee zu schmeicheln.

„O . . . nein, er kommt nicht wieder!“ schrie die Irre, indem sie in heftiger Erregung auffuhr. „Er kommt nie mehr wieder. Er fürchtet sich vor mir. Alle fürchten sie sich vor mir, weil ich reich bin, sehr reich . . . so reich, daß man mir verboten hat, zu leben. Aber ich will nicht mehr reich sein. . . . Schon morgen bin ich arm. . . . Das muß endlich ein Ende haben . . . Morgen werden alle arm sein . . . Auch du wirst arm sein, Rosa, und wirst niemand mehr bange machen. Ich werde die Bösewichte strafen, die mich töten wollen, mich einschließen, mich vergiften . . .“

„Aber es gibt auch Menschen, die Sie beklagen und Ihnen Ihr Wohlwollen schenken,“ sagte Marcella.

„Nein, die gibt es nicht!“ antwortete die Irre zornig — in entsetzlicher Aufregung. „Sie sind alle meine Feinde. Sie haben mich gefoltert und mir ein rotes Eisen in den Kopf getrieben . . . Mit Nägeln haben sie mich an den Bäumen festgemacht . . . mehr als tausendmal haben sie mich hoch vom Turme auf das Pflaster gestürzt . . . Dicke Nadeln aus Stahl haben sie mir durchs Herz gebohrt . . . Bei lebendigem Leibe haben sie mir die Haut abgezogen . . . Und darum kann ich mich nicht anziehen ohne entsetzliche Qualen . . . Die Haare möchten sie mir ausreißen, weil sie mich ein wenig vor ihren Schlägen schützen . . . Aber rächen werde ich mich! Eine Klageschrift habe ich aufgesetzt! Vierundfünfzig Jahre habe ich gebraucht, um sie in allen Sprachen zu schreiben und sie an alle Könige der Welt zu schicken . . . Ich will, daß man mir meinen Paul wiedergibt, den sie in ihrem Keller versteckt haben und den sie leiden lassen wie mich . . . O, ich höre ihn jede Nacht schreien, wenn man ihn foltert . . . Ich erkenne ihn an der Stimme . . . Horchen Sie, horchen Sie . . . hören Sie ihn?“ fügte sie in schauerlichem Tone hinzu, indem sie ihr Ohr den hellen Tönen der Sackpfeife lieh. „Sie sehen wohl, er muß tausendmal sterben! Sie wollen ihn zerreißen, aber sie werden gestraft werden! Morgen sollen auch sie leiden . . durch mich! So sehr sollen sie leiden, daß ich selbst Mitleid mit ihnen habe . . .“

Indem die Worte so über ihre Lippen stürzten wie im Fieberwahn, sprang die Unglückliche zur Seite in das Gebüsch und eilte dem Gutshofe zu, ohne daß es Marcella möglich gewesen wäre, ihrem schnellen Laufe und ihren ungestümen Sprüngen zu folgen.

XXVI.

Der Tanz auf dem Gutshofe war hartnäckiger denn je. Die Dienstboten nahmen daran teil, und ein dichter Staub wirbelte unter ihren Füßen auf — ein Umstand, der den Bauer aus der Umgegend von Berri ebensowenig hindert, mit größter Wonne zu tanzen, als Steine, Regen, Sonne oder die Ermüdung der Ernte. Kein Volk tanzt mit tieferem Ernst und zugleich mit größerer Leidenschaft. Wenn man sie sähe, wie sie bei der munteren Melodie der Bouree*) vortreten und zurückweichen, so sacht und regelmäßig, daß ihre Quadrillen dem Pendel einer Uhr gleichen, würde man schwerlich das Vergnügen erraten, das diese einförmige Uebung ihnen bereitet, und noch weniger würde man die Schwierigkeit erkennen, diesen so einfachen Rhythmus aufzufangen und festzuhalten, den jeder Schritt und jede Haltung des Körpers mit strengster Genauigkeit betonen müssen, während die Arbeit von sehr mäßigen Bewegungen und scheinbarer Kraftlosigkeit verschleiert werden muß, wenn die höchste Vollkommenheit erreicht werden soll. Hat man sie aber eine Zeitlang beobachtet, so erstaunt man über ihre unermüdliche Zähigkeit, man schätzt die weiche, kindliche Anmut, die sie vor der Müdigkeit bewahrt, und wenn man nur ein wenig acht gibt, wie dieselben Personen zehn oder zwölf Stunden lang tanzen, ohne sich zerschlagen zu fühlen, so möchte man glauben, sie seien von einer Tarantel gestochen. Allein es ist nur die leidenschaftliche Liebe zum Tanz. Von Zeit zu Zeit verrät sich die innere Freude der jüngeren Leute durch einen besonderen Aufschrei, den sie ausstoßen, ohne daß ihr Gesicht den unverwüstlichen Ernst verlöre, und indem sie heftig mit den Füßen auftreten, springen sie für einen Augenblick auf wie wilde Tiere um mit wunderbarer Geschmeidigkeit wieder zurückzufallen und ihr gleichgültiges Hin- und Herpendeln wieder aufzunehmen. In diesem Tanze liegt der ganze Charakter des Bewohners von Berri. Was die Frauen anbelangt, so ziehen sie unveränderliche Schleifer, was eine größere Leichtfüßigkeit erfordert, als man denken möchte, und ihre Reize sind von strengster Keuschheit.

Rosa tanzte die Bourree ebensogut wie eine Bäuerin, was nicht wenig heißen will. Und ihr Vater war stolz, wenn er seine Blicke auf ihr ruhen ließ. Die Heiterkeit hatte sich allen Anwesenden mitgeteilt. Die Musikanten, denen es an einem guten Trunke nicht mangelte, schonten weder ihre Arme noch ihre Lungen. Das Halbdunkel einer prachtvollen Nacht ließ die Tänzerinnen noch leichtfüßiger erscheinen, und besonders Rosa, dies entzückende Mädchen, die dahinzuschweben schien, wie eine weiße Möve über das träumende Meer, vom Abendwind getragen . . . Und die leise Schwermut, die an diesem Abend in allen ihren Bewegungen lag, ließ sie noch schöner und reizvoller erscheinen . . .

Doch Rosa, die auf dem Grunde des Herzens eine echte Bäuerin des Schwarzen Tales war in aller ihrer angeborenen Einfalt, fand Vergnügen am Tanzen, sei es auch nur, um sich zu üben, damit sie am nächsten Tage den zahlreichen Einladungen Folge leisten könne, die Ludwig nicht verfehlen würde, an sie zu richten. Plötzlich aber verlor der Sackpfeifer das Gleichgewicht auf dem Fasse, das ihm als Piedestal diente und sein Instrument brach die Melodie ab mit einem bizarren klagenden Ton, der die bestürzten Tänzer zwang, einzuhalten und sich zu ihm zu wenden. Im Fallen entriß er den Händen eines anderen Spielmannes die Drehleier, die Rosa vor die Füße rollte, und die Irre sprang von dem Sitz des ländlichen Orchesters, zu dem sie mit einem katzenartigen Sprung hinaufgeschnellt war, und stürzte mitten unter die Tanzenden und schrie mit gellender Stimme:

„Wehe, wehe, den Meuchelmördern! Wehe den Henkern!“

Dann stürzte sie sich auf ihre Mutter, die sie zurückhalten wollte, umkrallte ihren Hals und würde sie unfehlbar erwürgt haben, wenn nicht die alte Mutter Brikolin sie daran verhindert hätte. Nie hatte sich die Irre ihrer Großmutter gegenüber zu einer heftigen Tat hinreißen lassen, sei es, daß sie eine Art instinktiver Liebe für sie bewahrt hatte, oder sei es, daß sie sie unter allen anderen erkannte und die Bemühungen im Gedächtnis behalten hatte, mit denen die gute Frau ihre Liebe hatte begünstigen wollen. So leistete das unglückliche Mädchen ihr auch jetzt keinen Widerstand und ließ sich von ihr ins Haus führen unter herzzerreißenden Schreien, die allen Anwesenden Bestürzung und Entsetzen einflößten.

Als Marcella, die dem Fräulein Brikolin der Älteren so nahe wie möglich gefolgt war, in dem Hofe anlangte, fand sie das Fest unterbrochen, alle Teilnehmer entsetzt und Rosa fast ohnmächtig. Auf dem Grunde ihrer Seele litt Frau Brikolin ohne Zweifel, sei es auch nur, weil sie die Wunde ihrer Häuslichkeit so allen Blicken preisgegeben sah. Doch in ihrem Bestreben, die Wut der Wahnsinnigen zu unterdrücken und das Geräusch ihrer Schreie zu ersticken, lag etwas von Heftigkeit und Energie, das eher an Festigkeit eines Gendarmen erinnerte, der einen Ruhestörer einkerkert, als an die Fürsorge einer verzweifelten Mutter. Die Großmutter Brikolin aber ließ mehr Eifer und größeres Mitgefühl erkennen. Es war ein schmerzlicher Anblick — diese arme Alte zu sehen, wie sie mit ihrer harten Stimme und ihren männlichen Bewegungen die Irre liebkoste und mit ihr sprach wie mit einem kleinen Kinde, das man bald schilt und bald wieder herzt und zärtlich umschmeichelt . . . .

*) Französischer Tanz.

nahme, die die tiefeinschneidenden Beschlüsse bei der übergroßen Anzahl der Malergehilfen finden. Und die noch indifferent oder schmollend beiseite stehen, werden durch das arbeiterfeindliche und anmaßende Vorgehen der Unternehmerverbändler während und nach dem letzten Kampfe im Malergewerbe dem Verbande der Maler sicher bald beitreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Finanzieller Zusammenbruch der national-polnischen Gewerkschaften. Im Frühjahr leiteten bekanntlich die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien unter den Bergarbeitern eine Lohnbewegung ein, ohne vorher eine andere Gewerkschaftsrichtung zu verständigen. Diese Bewegung erreichte in dem oberschlesischen Bergarbeiterstreik, an welchem sich rund 75 000 Bergarbeiter beteiligten, ihren Höhepunkt. Dieser Kampf wurde von den polnischen Gewerkschaften begonnen, ohne daß sie über Mittel zur Unterstützung der Streikenden auch für eine Woche verfügten, in der Hoffnung, daß er durch Entgegenkommen der Grubenbesitzer in 4—5 Tagen zu Ende sein würde. Doch diese Kalkulation ging fehl. Die Grubenbesitzer gaben, was vernünftige Menschen dem polnischen Führer voraussagten, in 4—5 Tagen nicht nach. Die Arbeiter blieben standhaft und wurden nicht zu Streikbrechern. In der Hoffnung, daß der Streik in wenigen Tagen erledigt sein würde, wurden den Arbeitern die größten Versprechungen gemacht. Es wurde gesagt: alle Arbeiter müßten sich der polnischen Berufsvereinigung anschließen, dann erhielten sie Unterstützung. Aus Frankreich, Amerika, England usw. kämen zur Unterstützung Millionen. In einer offiziellen Erklärung des Vorstandes hieß es sogar, daß sich die Chinesen an der Sammlung für die Streikenden beteiligen würden, um sie aus der Knechtschaft zu befreien. Das waren große Worte, denen ein Zusammenbruch folgte, wie er in der Geschichte der Arbeiterkämpfe einzig dastehen dürfte. Fluchtartig verließen die Führer, die aus Westfalen, Posen ins Streikrevier gekommen waren, den Schauplatz ihrer „Siege". Die Arbeiter aber verlangten, daß Unterstützung gezahlt würde. Um überhaupt noch Mitglieder zu halten, mußte die Berufsvereinigung mit der Kriegskasse schon herausrücken. Trotzdem sind die Arbeiter aber zu Tausenden ausgetreten. Nun werden sie mit folgendem Anschreiben bedacht:

„. . . . . , den . . . . . 1913.

P. P.

Wie dem Herrn bekannt ist, wurde den neu eingetretenen Mitgliedern der Polnischen Berufsvereinigung während des Streiks die Unterstützung nur leihweise gezahlt. Diese Unterstützung brauchen diejenigen, welche Mitglieder der Polnischen Berufsvereinigung geblieben sind und ihre Beiträge weiterzahlen, nicht zurückzugeben. Wie uns aber unser Vertrauensmann mitteilt, zahlt der Herr die Beiträge nicht weiter und deshalb fordern wir den Herrn auf, den geliehenen Betrag der Unterstützung zurückzuzahlen, widrigenfalls wir gezwungen sind, andere Schritte zu unternehmen. Wir machen auch auf die Unterschrift des Herrn beim Empfang der Unterstützung aufmerksam."

Das Geld heraus, oder — wir klagen! Das ist der Grundton des Briefes. Selbstverständlich kommt niemand dieser Aufforderung nach. Aber warum die Berufsvereinigung solche Aufforderungen versendet, wird erst dann recht ersichtlich, wenn man das Finanzgebaren näher kennt. Im Juni hielten die polnischen Gewerkschaften in Berlin ihren Kongreß ab. Dort wurde das Vermögen der gesamten polnisch-nationalen Gewerkschaften auf 894 728 Mark angegeben. In einem soeben ausgegebenen Flugblatt wird nun behauptet, daß die Berufsvereinigung im Streik über eine Million Mark Unterstützung ausgezahlt habe. Demnach haben diese Gewerkschaften jetzt über 100 000 Mark Schulden. Das bedeutet für sie einen finanziellen Zusammenbruch.

Beendeter Streik bei der Firma Robert Bosch in Stuttgart. Zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband sind Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit vereinbart, die die Firma schließlich anerkannte. Die Arbeiter beschlossen gegen zwei Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Herr Bosch ist übrigens sehr ungehalten über den zugunsten der Arbeiter beendeten Streik. In einer Zuschrift an die bürgerliche Presse klagt er: „Das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß es für eine einzelne Firma nicht möglich ist, gegen die Machtgelüste der Gewerkschaft aufzukommen. Wenn die übertriebenen Anforderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes verwirklicht würden, so wäre mein Betrieb dadurch unmöglich gemacht. Ich habe mich deshalb veranlaßt gesehen, dem Verband Württembergischer Metallindustrieller beizutreten. Die Mitgliedschaft bei diesem Verband hindert mich in keiner Weise, meinem bisherigen Verhalten meiner Arbeiterschaft gegenüber treu zu bleiben. Ich werde also nach wie vor bei meiner Anschauung verbleiben und bin bemüht, mit meiner Arbeiterschaft auf einen möglichst guten Fuß zu kommen. Ich sichere insbesondere meiner Arbeiterschaft dieselbe Verdienstmöglichkeit wie früher zu und werde auch an der bisherigen Arbeitszeit nichts ändern. Berechtigte Wünsche und Forderungen, die mir von seiten meiner Arbeiterschaft entgegengebracht werden, werde ich, wie bisher, in gerechter und entgegenkommender Weise erledigen. Durch den Beitritt zum Verband Württembergischer Metallindustrieller bin ich natürlich nicht nur in der Lage, künftig der Gewerkschaft für mich eher entgegentreten zu können, sondern ich kann dadurch auch meinem Versprechen gemäß die Arbeiterschaft, welche jetzt in meinem Betrieb ist, und die der Gewerkschaft den Rücken gekehrt hat, besser schützen." Der Verband der Metallindustriellen macht ja böse Geschichten! Da die Vereinbarungen unter den von ihm festgesetzten Bedingungen zustande kamen, hat er also den „Machtgelüsten" der Gewerkschaft nachgegeben? Wer die Metallindustriellen kennt, wird das schwerlich glauben. Herr Bosch wird's bei ruhiger Überlegung auch nicht glauben. Wenn er seinem neuesten schriftlichen Bekenntnis gemäß die berechtigten Wünsche seiner Arbeiter erfüllt, wird er stets vor Konflikten mit den Arbeitern bewahrt bleiben. Was die Metallindustriellen durch ihre Organisation anerkennen, ist schon nicht so viel, um es nicht erfüllen zu können und darüber besonders verärgert zu sein.

Die Wege des Rüstungskapitals.

Wenn die Darstellung zutrifft, die die „Nat.-Ztg." von den Ergebnissen eines Prozesses macht, der dieser Tage in Turin stattfand, so ist uns hier ein neuer und interessanter Einblick in die Geheimnisse des Rüstungskapitals eröffnet.

Angeklagt war ein gewisser Bertiolatti, Angestellter der Turiner Automobilwerke „Fiat"; er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Anklage hat eine merkwürdige Vorgeschichte: Das deutsche Reichsmarineamt hatte nämlich, dem Prozeß zufolge, bei einer italienischen Automobilfabrik in San Georgio, einer Tochterfabrik der „Fiat", zwei Motore von 1300 und 1500 HP bestellt, die für zwei deutsche Unterseeboote bestimmt sind. Dieser Auftrag wurde in San Georgio übernommen, aber dann nach Turin weitergegeben. Als Ablieferungstermin für die beiden Motore war der 31. Januar 1914 bestimmt. Um sich nun für alle Eventualitäten zu decken, und die Frist bestimmt einhalten zu können, gingen die Fiatwerke einen Rückversicherungsvertrag mit einer Augsburger Maschinenfabrik ein. Die Fiatwerke bestellten nämlich bei dem Mailänder Vertreter der deutschen Firma die in Frage stehenden zwei Motore für den Fall, daß sie selbst nicht in der Lage sein sollten, den Termin einzuhalten. Der Rückversicherungsvertrag trat denn auch in Anwendung, denn in Turin brach der Generalstreik aus, bei den Fiat-Werken wurde nicht gearbeitet, und die dadurch verursachte Verzögerung hätte sich kaum einholen lassen. Die Augsburger Maschinenfabrik besaß natürlich alles Interesse daran, die Lieferung wirklich zu erhalten und ihr Mailänder Vertreter knüpfte Beziehung mit einem Angestellten der Fiat-Werke, namens Bertiolatti, an, der ihm Bericht über den Stand des Streiks und der Arbeiten an den Motoren zugehen ließ. Diese Berichte gingen dann nach Augsburg weiter. Nun wurde Bertiolatti dabei ertappt, wie er ein Telegramm an die Augsburger Fabrik absandte. Diese Depesche besagte: „Der Streik ist beendigt. Bestehen Sie darauf, daß das Verlangen nach Verlängerung der Lieferungsfrist zurückgewiesen wird?" Gegen Bertiolatti wurde, wie bereits erwähnt, Anzeige wegen Preisgabe eines industriellen Geheimnisses erstattet, und er erhielt ein einmonatige Gefängnisstrafe.

Die engen Beziehungen zwischen den oberitalienischen und den bayerischen Werken lassen die Vermutung nicht zu, daß jene dem Reichsmarineamt eine billigere Offerte gemacht haben als diese und deshalb den Zuschlag erhielten. Offenbar hat die deutsche Marineverwaltung die italienische Firma für leistungsfähiger gehalten. Aber die Internationalität des Kapitals würde unter Umständen dafür gesorgt haben, daß das Reichsmarineamt trotzdem deutsche Motore erhalten hätte. Zu dem Preise natürlich, der international verabredet ist. Die beiden Militärlieferanten deckten sich gegenseitig dem Besteller gegenüber: im übrigen kundschafteten sie sich durch offenbar bestochene Angestellte aus, und der eine suchte aus der Störung des Betriebes des anderen durch einen Streik Nutzen zu ziehen.

Solchen robusten Geschäftspraktiken muß ganz anders entgegengetreten werden, als es in diesem Falle geschah und zum Beispiel jetzt in der deutschen Krupp-Affäre geschehen soll, wo die Geheimtuerei bereits wieder verabredete Sache zu sein scheint. Wenn nicht schon tausend andere Gründe dafür sprächen, schreien solche Vorkommnisse nach einer Demokratisierung der Regierungen. Das Gesamtinteresse gegen diese Plünderergesellschaften vertreten kann nur eine Regierung, deren Mitglieder keinerlei Beziehungen und Interessen mehr am Kapitalprofit haben!

Aus dem Gerichtssaal.

Für eine wichtige Anzeige — ein Strafmandat über sechs Wochen Haft! Das Automobilunglück auf der Hennigsdorfer Chaussee gelangte vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin III zur Erörterung. Am Tage nach dem Unglücksfall fuhr der Bierkutscher Aubel mit seinem Gefährt die Hennigsdorfer Chaussee entlang. In der Nähe der Unglücksstätte sah er ein Seil, das quer über den Chausseeweg gespannt war. Infolge seiner Achtsamkeit hatte er sich vor Unglück bewahrt. Aubel erstattete sofort Anzeige. Als Antwort erhielt er von der Ortspolizeibehörde ein Strafmandat, in dem ihm sechs Wochen Haft wegen „groben Unfugs" zudiktiert wurden. Infolge Einspruchs gelangte die Sache vor das Schöffengericht Berlin-Wedding. Es wurde der Nachweis geführt, daß die Anzeige des Angeklagten auf Wahrheit beruhte. Der Angeklagte wurde infolgedessen freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und lud mehrere Gemeindediener als Zeugen vor. Diese bekundeten: Die Angaben des Angeklagten sind wahr. Wenn nach geschehener Anzeige sofort eine Untersuchung stattgefunden hätte, dann wäre es vielleicht gelungen, des Täters habhaft zu werden. Das Gericht folgte dem Antrage des Verteidigers, sprach den Angeklagten wiederum frei und legte auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf. — Wahrlich ein starkes Stück. Ein gemeingefährlicher Verbrecher wird gesucht. Ein Bürger macht der Polizei wichtige Mitteilungen: darauf wird er mit sechs Wochen Haft belegt und es wird vermieden, den mitgeteilten Spuren zu folgen, die zur Entdeckung des oder der Leute hätten führen können, deren Tat an dem Tode eines Ehepaares schuldig ist. Und da beklagen sich die Behörden noch, daß sie bei ihren Nachforschungen beim Publikum zuweilen nicht die erwünschte Unterstützung finden!

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Landrat. Infolge der erfolgten Eingemeindung der Vororte Lechhausen und Hochzoll zur Stadt Augsburg hat die Stadt Anrecht auf einen weiteren Vertreter im Landrat für Schwaben und Neuburg erhalten. In der durch die beiden städtischen Kollegien vorgenommenen Wahl wurde mit den Stimmen der Liberalen ein Sozialdemokrat, der Gewerkschaftssekretär Gen. Wernthaler, als sechster Vertreter in den Landrat gewählt, ebenso ist der gewählte Ersatzmann ein Sozialdemokrat. Mit der Wahl des Gen. Wernthaler zieht der erste Sozialdemokrat

---

„Komm doch, mein Liebling," bat sie. „Du, die du doch sonst so sanft und verständig bist. — Du möchtest doch deiner Großmutter keinen Kummer machen? . . . Du mußt dich ruhig zu Bett legen, oder ich werde dir böse und liebe dich nicht mehr . . ."

Doch die Irrsinnige verstand nichts von diesen Worten — sie hörte nicht einmal. Am Fußende ihres Bettes angeklammert, stieß sie ein entsetzliches Geheul aus, und ihre kranke Einbildung überzeugte sie, daß sie in diesem Augenblick die Züchtigungen und Folterungen erlitte, die sie Marcella so phantastisch ausgemalt hatte.

Nachdem diese letztere sich vor allem vergewissert hatte, daß ihr Kind unter dem Schutze des kleinen Annchen friedlich schlummerte, mußte sie sich mit Rosa beschäftigen, die vor Furcht und Kummer fast ohnmächtig war. Es war dies das erstemal, daß die Brikoline ihrem Hasse Ausdruck gab, der sich seit zwölf Jahren in ihrer gebrochenen Seele aufgehäuft. Höchstens einmal in der Woche schrie und weinte sie, wenn die Großmutter sie überredete, die Kleidung zu wechseln. Aber dann waren es die Schreie eines Kindes, und jetzt glichen sie dem Heulen einer Rachegöttin. Nie hatte sie jemand angeredet, und zum erstenmal seit zwölf Jahren hatte sie soeben Drohungen ausgestoßen. Nie hatte sie versucht, die eigene Mutter zu töten. Und endlich — seit zwölf Jahren hatte dieses stumme Opfer der elterlichen Schuld ihr unaussprechliches Leid im tiefsten Innern ihrer Brust verschlossen und fast alle hatten sich mit einer gewissen brutalen Gleichgültigkeit an diesen beklagenswerten Anblick gewöhnt. Furcht hatte man nicht mehr vor ihr, man war es müde, sie zu beklagen und man duldete ihre Anwesenheit wie ein unvermeidliches Übel, und wenn man Gewissensbisse hatte — gestand man sie sich vielleicht selbst nicht. Aber dieses entsetzliche Übel, was sie verzehrte, mußte sich von Phase zu Phase verschlimmern. Und jetzt trat es in ein Stadium ein, wo ihr Martyrium für andere gefährlich wurde. So mußte man sich schließlich doch darum bekümmern. Herr Brikolin, der draußen vor seiner Türe saß, nahm mit stumpfsinniger Miene die taktlosen Beileidsbezeugungen seiner Familie entgegen.

„Es ist ein großes Unglück für euch," sagte man zu ihm, „und Ihr habt sie schon zu lange unter euren Augen geduldet. Es gehört eine Geduld dazu, die alle menschlichen Kräfte übersteigt, und Ihr müßt euch wohl endlich entschließen, diese Unglückliche in ein Irrenhaus zu bringen."

„Man wird sie doch nicht heilen!" antwortete er kopfschüttelnd. „Ich habe alles versucht. Es ist unmöglich. Ihre Krankheit ist zu groß — sie muß daran sterben . . ."

„Das wäre das größte Glück, das ihr geschehen konnte. Ihr seht ja, sie ist auf Erden allzusehr zu beklagen. Aber wenn sie schließlich auch nicht geheilt wird, so wird man euch doch den Kummer abnehmen, sie zu sehen und zu pflegen. Man wird sie hindern, euch Böses zu tun. Wenn Ihr sie gut darauf seht, wird sie am Ende noch jemand töten oder sich selbst das Leben nehmen vor euren Augen. Und das wäre schrecklich!"

„Aber, was wollt Ihr denn? Hundertmal habe ich es ihrer Mutter schon gesagt, aber ihre Mutter will sich nicht von ihr trennen. Im Grunde liebt sie sie noch, glaubt mir nur. Und das ist ganz begreiflich. Wie es scheint, verläßt ein gewisses Gefühl für ihre Kinder die Mütter nie."

„Aber Ihr könnt sicher sein, sie hat es dort besser als hier. Heutzutage werden die Irren sehr gut gepflegt. Es gibt schöne Anstalten, wo es ihnen an nichts fehlt. Man hält sie sauber, läßt sie arbeiten und beschäftigt sie, ja es heißt sogar, man mache ihnen Vergnügen und lasse sie Musik hören."

„In diesem Falle sind sie glücklicher als zu Hause!" antwortete Herr Brikolin. Doch nachdem er einen Augenblick vor sich hingeträumt, fügte er hinzu: „Und all dies — kostet es viel Geld?"

Endlich gegen 3 Uhr morgens schien die Schwere des Anfalls den erschöpften Körper der Irren zu überwältigen. Sie schlief auf der Erde ein, und es gelang, sie ins Bett zu schaffen, ohne daß sie es bemerkte. Ohne Zweifel hatte sie schon seit langem keinen Augenblick geschlafen, denn sie vergrub sich tief in den Kissen, und alle konnten sich zur Ruhe legen — sogar Rosa, der die Frau von Blanchemont in aller Eile diese Nachricht überbrachte.

Wenn Marcella unter solchen widerwärtigen Umständen nicht die Gelegenheit gefunden hatte, ihre Ergebenheit für die arme Rosa zu zeigen, so würde sie den unglücklichen Gedanken verflucht haben, der sie in dieses vom Geiz und Unglück bewohnte Haus geführt. Sie würde sich beeilt haben, ein anderes Nachtlager zu suchen als dieses, so ohne alle Poesie, so unbehaglich in dem Reichtum und schaurig in der Nüchternheit und Öde. Aber welch neuen Widerwärtigkeiten sie auch noch ausgesetzt sein könnte — sie entschloß sich, so lange hier zu bleiben, bis sie ihrer jungen Gefährtin würde Hilfe bringen können. Zum Glück war der Morgen ruhig. Alle erhoben sich sehr spät, und Rosa schlief noch, als Frau von Blanchemont, selbst kaum wach, von Paris aus die folgende Antwort auf den Brief erhielt, den sie drei Tage vorher an ihre Schwiegermutter geschrieben.

„Innigst geliebte Tochter!

Möge die Vorsehung, die Dir alle diesen Mut sendet, ihn Dir auch bewahren! Er setzt mich bei Dir nicht in Erstaunen, obgleich er groß ist. Den meinen lobe nicht — in meinem Alter hat man nicht lange mehr zu leiden! In Deinen jungen Tagen aber . . . . da macht man sich zum Glück keinen klaren Begriff von der Länge und der Schwierigkeit des Daseins. Meine Tochter, Deine Pläne sind lobenswert, ausgezeichnet und um so weiser, als sie notwendig sind — noch weit notwendiger als Du denkst. Auch wir, teure Marcella, sind ruiniert! Und wir können unserm vielgeliebten Enkel vielleicht nichts als Erbschaft hinterlassen. Die Schulden meines unglücklichen Sohnes übersteigen alles, was Du davon weißt, alles, was man voraussehen konnte. Wir werden unsere Gläubiger noch hinhalten. Allein, wir übernehmen die Verantwortlichkeit, indem wir Edwards Zukunft des ehrbaren Vermögens berauben, nach dem er sich nach unserem Hinscheiden sehnen wird. Erziehe ihn daher in größter Einfachheit. Lehre ihn, sich durch seine Talente selbst Hilfsquellen zu erschließen und seine Unabhängigkeit mit der Würde zu behaupten, mit der er das Unglück zu tragen wissen wird. Wenn er das Mannesalter erreicht, werden wir nicht mehr auf der Welt sein. Möge er das Gedächtnis alter Verwandten achten, die die Ehre eines Edelmannes seinen Vergnügungen vorgezogen haben und ihm als Erbschaft nur einen reinen und untadelhaften Namen hinterlassen werden. Der Sohn eines Bankrottiers würde im Leben nur verdammenswerte Genüsse gehabt haben. Der Sohn eines schuldigen Vaters aber wird denen Dank wissen, die seinen Namen vor der öffentlichen Schande zu schützen gewußt.

Nähere Einzelheiten schreibe ich Dir morgen. Heute stehe ich noch ganz unter der Einwirkung der Entdeckung eines neuen Abgrundes. Ich teile es Dir in kurzen Worten mit. Ich weiß, Du kannst alles verstehen, und alles ertragen. So lebe denn wohl, teure Tochter, bewundert und geliebt von

Deiner Mutter."

„Eduard . . . ." flüsterte Marcella, indem sie ihr schlafendes Söhnchen mit Küssen bedeckte, „es stand also in dem Buche des Schicksals geschrieben — du wirst den Ruhm und vielleicht das Glück haben, nicht ein Nachfolger des Reichtums zu sein und in dem Range deiner Väter zu stehen! So stürzen die großen Vermögen, das Werk von Jahrhunderten, an einem einzigen Tage ins Verderben. Von dem Verhängnis noch mehr hingerissen als von ihren Leidenschaften, erfüllen die Herren der Welt, die die Herrschaft lange besessen, selbst die Beschlüsse des Schicksals, das unmerklich daran arbeitet, die Kräfte aller Menschen zu nivellieren. Möchtest du eines Tages begreifen, o, mein Kind, wie sehr dieses Gesetz der Vorsehung dich begünstigt, weil es dich in die Herde der Schafe treibt, die ihren Platz zur Rechten Christi hat und dich scheidet von den Böcken zu seiner Linken. O, möchte ich die nötige Kraft und Weisheit haben, um aus diesem Kinde einen Mann zu machen! Denn einen Patrizier aus ihm zu machen, brauchte ich nur die Arme zu kreuzen und den Reichtum handeln zu lassen. Jetzt brauche ich Einsicht und glückliche Gedanken. Mein Gott, du hast mir diese Aufgabe gestellt — du wirst mich nicht verlassen!"

„Heinrich", schrieb sie einen Augenblick später an Lemor, „mein Sohn ist ruiniert, und auch seine Verwandten. Mein Sohn ist arm. Vielleicht wäre er ein unwürdiger und verachtenswerter Reicher geworden. Jetzt handelt es sich darum, einen mutigen und edlen Armen aus ihm zu machen. Und diese Mission war dir vorbehalten. Wirst du jetzt je davon sprechen, mich zu verlassen? Dieses Kind, das ein Hindernis zwischen uns war — ist es nicht ein teures und heiliges Band? Sofern du mich noch in einem Jahre liebst, Heinrich — was kann sich heute unserem Glücke widersetzen? Fasse Mut, Freund, und reise ab. In einem Jahre wirst du mich wiederfinden in einer strohbedeckten Hütte des Schwarzen Tales, nicht weit von der Mühle von Angibault . . . . ."

(Fortsetzung folgt.)

in den schwäbischen Landrat ein, eine Korporation, die über die Verwendung der Mittel des Regierungsbezirkes Schwaben und Neuburg zu beschließen hat und deren Zusammensetzung an Rückständigkeit nicht mehr übertroffen werden kann. Die Landräte in Bayern entsprechen den Kreistagen in Preußen.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs wurde am Sonnabend und Sonntag in Stuttgart abgehalten. Es waren 406 Delegierte anwesend, außerdem die Mitglieder der Parteileitung sowie der Preßkommission und die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten. Als Vertreter der Gesamtpartei war Genosse Ebert-Berlin, als Vertreter der elsaß-lothringischen Partei Genosse Hüber-Straßburg erschienen. Den Vorsitz führten Hildenbrand-Stuttgart und Göhring-Ulm. Den Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in den verflossenen neun Monaten erstattete dessen Vorsitzender Hildenbrand. Das Wesentliche aus dem gedruckt vorliegenden Bericht ist schon mitgeteilt worden. Hildenbrand besprach die Taktik bei den Landtagswahlen und verteidigte den Landesvorstand gegen den von einigen Ortsvereinen erhobenen Vorwurf wegen des mit der Volkspartei getroffenen Abkommens, das sich auf fünf Wahlbezirke erstreckt. Die hierbei eingeschlagene Taktik habe der von der vorjährigen Landesversammlung gegebenen Direktive entsprochen, die dahin ging, nach Möglichkeit das Zustandekommen einer schwarz-blauen Landtagsmehrheit zu verhindern. Der Landesvorstand habe überdies in voller Übereinstimmung mit den Vertrauensmännern des Landes gehandelt. Das Wahlabkommen habe leider den Erwartungen nicht entsprochen, aber der Landesvorstand habe nicht das Gefühl, daß er Vorwürfe verdiene. Auch die Abstimmung bei den Landesproporzwahlen befriedige nicht; unsere Wähler hätten in größerer Zahl zur Urne gebracht werden und die Partei hätte zwei weitere Mandate erobern können, die bei der jetzigen Zusammensetzung des Landtages von großem Werte wären. Der Redner streifte sodann die Agitation gegen die Rüstungsvorlage, die leider, wie im übrigen Reich, nicht das gewünschte Echo fand. Er wies dann auf die Entwickelung der Organisation hin und betonte die Notwendigkeit, die Unorganisierten zu gewinnen, denn mit Organisierten können Massenaktionen erfolgreicher durchgeführt werden als mit Unorganisierten. Eingehend beschäftigte sich Hildenbrand mit den zwischen dem Landesvorstand und der Preßkommission entstandenen Konflikten. Es sei dem Landesvorstand zu verdanken, daß vor zwei Jahren die Preßkommission eingesetzt wurde. Aber man habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die „Tagwacht" Landesorgan sei und bleiben müsse. Die Preßkommission aber habe dauernd versucht, ihre Befugnisse auf Kosten des Landesvorstandes zu erweitern. Sie habe damit lediglich den Wünschen des radikalen Teiles der Stuttgarter Genossen gedient. Das Landesorgan solle aber nicht das Blatt eines Teiles der Partei sein, sondern den verschiedenen Anschauungen innerhalb der Partei Rechnung tragen. Die Redaktion eines Parteiblattes dürfe sich auch nicht als Ober-Zensurbehörde betrachten, sondern habe die Aktionen der Partei zu unterstützen. Die „Tagwacht" könne nicht drei Beschwerdeinstanzen brauchen. Nach dem geltenden Statut seien Beschwerden an den Landesvorstand, in zweiter Instanz an den Landesausschuß zu richten. Die Preßkommission habe bei der Anstellung der Redakteure und bei der Kontrolle der taktischen Haltung des Blattes mitzuwirken. Dieses Recht sei ihr nicht bestritten worden. Auf die Einzelfälle, die zu Differenzen zwischen beiden Instanzen führten, könne ausführlich nicht eingegangen werden. Die Preßkommission solle auch nicht dem Landesvorstand, der die Verantwortung für die Tätigkeit der Partei im Lande trage, diese Rolle zuweisen. Wenn auf allen Seiten die Neigung bestünde, sich zu verständigen, so fände sich auch ein Weg. — Im Bericht des Geschäftsführers Behr über die Parteipresse wird hervorgehoben, daß von den Landtagswählern erst 40 % Leser unserer Presse sind. Besonders der Abonnentenstand in Stuttgart lasse viel zu wünschen übrig. — Den Bericht der Preßkommission erstattete Genossin Zetkin. Sie erkannte an, daß Hildenbrand sich um das Zustandekommen der Preßkommission bemüht habe. Aber bei der Besetzung der Redaktion habe nicht nur der Landesvorstand, sondern beide Instanzen Entgegenkommen gezeigt. Die Preßkommission habe sich streng an ihre Befugnisse gehalten und die Rechte des Landesvorstandes anerkannt. Sache des Landesvorstandes wäre es gewesen, nach Einführung der Preßkommission eine entsprechende Änderung der Statuten vorzubereiten. Der Landesvorstand, der seit Jahrzehnten allein die Aufsicht über die Presse geführt habe, könne sich noch nicht recht damit abfinden, daß die Preßkommission neben ihm amtiere. Die „Tagwacht" habe sich bemüht, die Gegensätze von rechts und links auszugleichen. Wenn mancher Wunsch nach einer anderen Haltung im allgemeinen politischen Teil laut werde, so gebe es auch Genossen, die eine andere Haltung im württembergischen Teile wünschen. Aber ein Blatt müsse in prinzipiellen Fragen einen einheitlichen Standpunkt vertreten. Die einzelnen Redakteure dürften nicht entgegengesetzte Anschauungen im Blatt vertreten. — Mit unbeschränkter Redezeit erhält dann Redakteur Crispien das Wort. Die von ihm vor einem Jahre in Stuttgart angetretene Stellung sei nicht die angenehmste gewesen. Nicht ganz falsch werde er sie ausgefüllt haben, denn keine Beschwerde und kein Mißtrauensbeschluß liege vor. Der Landesvorstand habe aber der Redaktion die Arbeit erschwert, indem er versucht habe, in der Frage der Heranziehung von Mitarbeitern Vorschriften zu geben. Auch habe er bestimmte Artikel beanstandet und Urteile gefällt, ohne die Redaktion zu hören. Der Redner ging auf Einzelfälle ein und verteidigte dann die Stellungnahme der „Tagwacht" zur Teilnahme der Fraktion an der Landtagseröffnung. Dann rechtfertigte Crispien die Haltung der „Tagwacht" in einigen weiteren Fragen und versicherte, es sei immer rein sachlich gekämpft worden. Als offenbar wurde, daß die Fraktion für Besitzsteuern stimmen wollte, habe er allerdings erklärt, jetzt sei es Zeit, die Parteipresse auf den Damm zu rufen. Er habe den Erfolg zu verzeichnen, daß die „Tagwacht" jetzt nicht mehr allein stehe. Jedenfalls lasse sich die Redaktion nicht die Flügel beschneiden und aus der „Tagwacht" kein amtliches Kreisblatt des Landesvorstandes machen. — Nach einer persönlichen Bemerkung schloß die erste Sitzung. — Am zweiten Verhandlungstage waren noch als Vertreter der bayrischen Landespartei der Genosse Maurer-München und als Vertreter der badischen Partei Genosse Hahn-Mannheim anwesend. Die Debatte über die Presse wurde fortgesetzt. Redakteur Pflüger, der den württembergischen Teil der „Tagwacht" redigiert, sprach gleichfalls mit unbeschränkter Redezeit. Er beklagte sich über Mangel an kollegialem Zusammenarbeiten in der Redaktion. Gegen den Artikel über die Landtagseröffnung habe er wegen der Form des Artikels Einwendungen erhoben. Wäre diesen Einwänden Rechnung getragen worden, so würde die nachfolgende Auseinandersetzung weniger heftig und umfangreich gewesen sein. Er habe dasselbe Ressortrecht für sich beansprucht, das die anderen Redakteure hatten, die ihn vor der Veröffentlichung wichtiger, die Parteipolitik berührender Artikel, auch nicht fragten. Die Landesversammlung vor zwei Jahren habe eine einheitliche Redaktion gewünscht. Der Landesvorstand habe dann Konzessionen gemacht. Das billige er. Er wünsche nur, daß man bei Meinungsverschiedenheiten auch mit ihm rede. — In der weiteren Diskussion traten die Redner teils für den Landesvorstand und gegen die Haltung der „Tagwacht", teils für die Preßkommission und die „Tagwacht"-Taktik ein. Im ganzen verlief die Auseinandersetzung in sachlichen, ruhigen Bahnen. — In den Schlußworten der Referenten wurden die Differenzen noch einmal eingehend besprochen. Hildenbrand wandte sich besonders scharf gegen Crispien. Fast eine Stunde dauerten dann die persönlichen Bemerkungen, die den Abschluß der Debatte bildeten. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der die Befugnisse der Preßkommission und des Landesvorstandes genau umgrenzt. Mit starker Mehrheit fand auch ein Antrag Annahme, in dem das Einverständnis mit der Taktik des Landesvorstandes bei den Landtagswahlen ausgesprochen und die Art der Aufstellung der Proporzkandidaten gutgeheißen wird. Die Anstellung eines Sekretärs für den Schwarzwaldkreis wurde dem Landesvorstand zur Erwägung überwiesen. Die Anträge gegen die Doppelmandate gelten durch den Beschluß als erledigt, nach welchem Doppelmandate möglichst, — besonders bei Neuaufstellungen — vermieden werden sollen. Durch Übergang zur Tagesordnung wurden die Anträge erledigt, die die Ablieferung eines Teiles der Diäten von Doppelmandataren und Parteiangestellten verlangen. Zur Frage des Delegationssystems wurde beschlossen, den Landesvorstand mit der gründlichen Prüfung aller gegebenen Anregungen und mit der Ausarbeitung einer alle berechtigten Wünsche berücksichtigenden Vorlage für die nächste Landesversammlung zu beauftragen. Die Minderheit der Versammlung sprach in einer Erklärung ihr Bedauern über die Verzögerung der Entscheidung aus. In der Frage der Zugehörigkeit von Parteigenossen zu bürgerlichen Turnvereinen wurden die Parteigenossen verpflichtet, keinen Vereinen anzugehören, die versteckt oder offen antisozialdemokratische Tendenzen verfolgen. — Über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion referierte Genosse Keil, der in der Deckungsfrage den Standpunkt der Mehrheit der Fraktion vertrat und die Haltung der „Tagwacht" kritisierte. Dr. Lindemann vertrat denselben Standpunkt; Westmeyer und Crispien beanstandeten die Zustimmung zu den Deckungsgesetzen. Eine Resolution, die die Haltung der Fraktion billigt, wurde zurückgezogen, nachdem auch eine Vertrauensresolution für die „Tagwacht" zurückgezogen worden war. — Auf das Referat über die Landespolitik wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit verzichtet. — Nach einer ausgedehnten Debatte über die Förderung der Frauenorganisation fand der Antrag des Landesvorstandes auf Einsetzung einer Frauenagitationskommission Annahme. — An Stelle des nach Hamburg übersiedelnden Genossen Hildenbrand, der die Leitung des literarischen Bureaus der „Volksfürsorge" übernimmt, wurde Genosse Fischer zum Vorsitzenden des Landesvorstandes gewählt. Die übrigen Mitglieder des Landesvorstandes wurden wiedergewählt. Neu tritt Genosse Keil in den Landesvorstand ein. Von den sieben bisherigen Mitgliedern des Landesausschusses wurden fünf wiedergewählt, zu denen zwei neue, von den Stuttgarter Delegierten vorgeschlagene Mitglieder kommen. — Genosse Dr. Lindemann würdigte dann noch die Verdienste Hildenbrands um die Parteientwickelung des Landes, zollte ihm den Dank der Genossen und wünschte ihm ein erfolgreiches Wirken an der Stätte seiner neuen Tätigkeit. — Mit seinem Schlußwort verknüpfte der Vorsitzende Hildenbrand seinen Dank für das ihm seit vielen Jahren geschenkte Vertrauen. Die Versammlung wurde dann mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag. Das Geschäftsjahr der Partei umfaßt diesmal nur neun Monate, weil nach einem Beschluß des Chemnitzer Parteitages das Geschäftsjahr jetzt am 31. März schließt. Dem Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag der am Mittwoch zur Veröffentlichung gelangen wird, entnehmen wir folgende Angaben: Die Mitgliederzahl in den Kreisorganisationen, die am 1. Juli 1912 970 112 betrug, ist bis zum 31. März d. J. nur auf 982 850 Mitglieder gestiegen, eine Zunahme um 12 738 Mitglieder oder 1,3 %. Das Haupt-Kontingent zu dem Mitgliederzuwachs stellten die weiblichen Mitglieder, die um 10 744 zugenommen haben. — Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse betrug unter Hinzurechnung der „Gleichheit" am 31. März 1913: 1 465 212 gegen 1 478 042 am 30. Juni 1912. Die Abonnentenzahl hat sich also um 12 830 verringert. An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 eine Zunahme zu verzeichnen haben. — Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" ist von 80 086 auf 89 409 gestiegen. Die Jugendbewegung hat gute Fortschritte gemacht. — Der Bildungsausschuß gibt einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit von 364 örtlichen Bildungsausschüssen (gegen 339 im Vorjahre). — Die Zahl der sozialistischen Landtagsabgeordneten ist von 223 auf 228 gestiegen; nur Braunschweig, Waldeck und Reuß ä. L. haben noch sozialistenreine Landtage, außer den beiden Mecklenburg, in denen es keine gewählten Landtage gibt. — Gemeindevertreter hat die Partei jetzt in 509 Städten und in 2973 Landgemeinden, und zwar in ersteren 2753, in letzteren 8928. Außerdem zählt die Partei in 65 Städten 133 Magistratsvertreter und in 120 Landgemeinden 187 Mitglieder des Gemeindevorstandes.

Aus der Partei. Am Sonntag tagte in Görlitz die Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Görlitz. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Brühl erschienen. Aus dem Geschäftsbericht sei mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl in der 9 Monate umfassenden Berichtsperiode um 879 darunter 514 Frauen, gestiegen ist. Die Gesamt-Mitgliederzahl beträgt 8297, darunter 1561 weibliche Mitglieder. Die Gewerkschaften im Bezirk wiesen eine Mitgliederzahl von 23 365 auf; gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2307. Gegen die Teuerung und ihre Ursachen fanden in zahlreichen Orten des Bezirks Protestversammlungen statt. In verschiedenen Orten wurden durch das Vorgehen unserer Genossen Kommissionen zur Linderung der Teuerung eingesetzt und die Gemeindeverwaltungen dazu gedrängt, Lebensmittel durch Selbsteinkauf und direkte Abgabe an die Konsumenten zu verbilligen. Die zeitweilige Einfuhrerlaubnis von Fleisch ist auf den Einfluß der Sozialdemokratie zurückzuführen. In der Berichtszeit fanden 141 Volksversammlungen, 33 öffentliche Frauenversammlungen und 411 Mitgliederversammlungen statt, außerdem noch 42 Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder. In das Berichtsjahr fiel auch die Anstellung der Sekretärin, Genossin Frieda Wulf-Breslau. An Flugblättern und Schriften wurden verbreitet 308 500, darunter 97 300 Kalender. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben sich vermehrt von 139 in 35 Orten im Jahre 1911/12 auf 166 in 53 Orten im Jahre 1912/13. Bildungsausschüsse bestehen in 11 Orten. Die Presse weist eine Zunahme von 357 Abonnenten auf. Ihr Strafkonto hat im Berichtsjahr keine wesentliche Steigerung erfahren. Die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" sind gestiegen von 376 auf 484. Bei den Landtagswahlen wurden abgegeben im ganzen Bezirk 11 764 sozialdemokratische Stimmen, auf die 253 Wahlmänner entfielen. Das Sekretariat weist 750 Eingänge und 1050 Ausgänge auf. Der Kassenbericht der Agitationskommission ergibt bei einer Einnahme von 7142,68 ℳ und einer Ausgabe von 7654,17 ℳ ein Defizit von 511,49 ℳ. Beschlossen wurde, in der ersten Hälfte des September in allen Orten des Bezirkes eine umfassende Hausagitation für die „Görlitzer Volkszeitung" vorzunehmen.

Soziales.

Sind Arbeiter Bürger 4. Klasse? Unfallverletzte, die zur ärztlichen Untersuchung außerhalb ihres Wohnortes fahren müssen, sollen nur noch Anspruch auf Ersatz der Eisenbahnfahrten 4. Klasse haben. So hat das Reichsversicherungsamt, wie wir dem „Vorwärts" entnehmen, unter seinem jetzigen Präsidenten im Gegensatz zu Entscheidungen desselben Amtes aus dem Jahre 1891, 1896 und 1897 entschieden! In dem uns vorliegenden Falle hatte ein durch einen Unfall verletzter Arbeiter mit Recht das Fahrgeld 3. Klasse liquidiert. Er war aber mit seinem Anspruch von der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft abgewiesen worden. Es wurde ihm nur das Fahrgeld 4. Klasse erstattet. Eine an das Reichsversicherungsamt eingereichte Beschwerde ist von diesem abgewiesen worden. Das Amt hat sich der von der Berufsgenossenschaft gegebenen Begründung angeschlossen. Es heißt in dem Bescheid:

„. . . . daß Sie nach Ihren Einkommensverhältnissen und Ihrer gesellschaftlichen Stellung auf Ihren Reisen für eigene Rechnung regelmäßig wohl die 4. Wagenklasse benutzen und daher bei den von Berufsgenossenschaft angeordneten Reisen einen Anspruch auf Vergütung des Fahrgeldes für die 3. Wagenklasse nicht haben";

„das Reichsversicherungsamt hat keinen Anlaß, der Auffassung der Berufsgenossenschaft entgegenzutreten, es sieht deshalb Ihre Beschwerde als erledigt an."

Damit wären also die verletzten Arbeiter ihrer „gesellschaftlichen Stellung nach" in die 4. Wagenklasse abgeschoben. Nach den Mustersatzungen für Berufsgenossenschaften, die vom selben Reichsversicherungsamt erlassen worden sind, haben die Vertreter der Unternehmer Anspruch auf Erstattung des Fahrgeldes zweiter Klasse. Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich. Anders denkt das Reichsversicherungsamt. Nach ihm soll der schon bestehende Klassenunterschied noch krasser hervortreten, der Arbeiter, und nun gar erst der Verletzte, soll gar nicht mehr auf den Gedanken kommen, daß ihm noch so was wie Gleichberechtigung eigen wäre. Die „gesellschaftliche Stellung" soll das Recht bestimmen; der verletzte Arbeiter sei nur ein Mensch 4. Klasse, und damit basta. Die neue Praxis des Reichsversicherungsamts soll seit 1911 bestehen. Sie zeigt ein völliges Verkennen der wirtschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse. Ohne diese wäre die Unternehmerklasse mitsamt dem Reichsversicherungsamt nichts. Das Reichsversicherungsamt wird, wie ja auch seine antisoziale Rechtsprechung zeigt, nach der seit einem Jahrhundert überlebten Auffassung von vier Ständen beherrscht, als deren niedrigsten es den „Arbeiterstand" erachtet, alldieweil die Arbeiterklasse die übrigen Mitglieder der Gesellschaft erhält. Sonderbare Wertschätzung der Arbeit.

Aus Nah und Fern.

Der freigesprochene „Bischof". Ein sonderbarer Mensch, mit dem sich schon mehrere Gerichte zu beschäftigen gehabt haben, stand jetzt wieder vor der Strafkammer in Koblenz: der angebliche Hausdiener Chmurzynki, der wegen Betrugs angeklagt war. Nach der Verbüßung einer dreijährigen Strafe im Gefängnisse zu Wittlich erschien der Genannte in dem Kloster Ebernach bei Kochem in der Gewandung eines Bischofs und suchte dort Aufnahme, die ihm auch gern gewährt wurde. Dabei übergab er 120 Mk., wovon das Geld für Verpflegung und Aufenthalt für acht bis 14 Tage abgezogen werden solle, da ein Bischof verpflichtet sei, diese im Kloster zu bezahlen. Der Angeklagte spielte dann weiter den Bischof, las die Messe usw. Allmählich wurde man jedoch mißtrauisch, besonders als er sich in den Klosterwerkstätten einen Anzug und einen Hausschlüssel machen lassen wollte. Als er dann äußerte, er habe in Mainz mit einer hohen Persönlichkeit, die er nicht angeben könne, eine wichtige Zusammenkunft, wurde er entlarvt. Der Betrug sollte nun darin bestehen, daß er das Vermögen des Klosters zu seinem Vorteile durch die freie Unterkunft und Verpflegung geschädigt habe. In der ersten Verhandlung war der Angeklagte aber freigesprochen worden, da wegen der Hinterlegung der 120 Mk. eine Vermögensbeschädigung nicht beabsichtigt gewesen und nicht erfolgt sei. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt mit der Begründung, der Angeklagte habe die 120 Mk. nur für den Fall hinterlegt, daß er entdeckt würde, jedoch in der Voraussetzung, sie ganz zurückzuerhalten, da ein Kloster von einem Bischofe doch kein Wohn- und Kostgeld annehmen werde. Damit sei die Absicht des Betrugs nicht ausgeschlossen. Das Reichsgericht hielt die Revision für begründet und wies die Sache an das Koblenzer Landgericht zurück. In der neuen Verhandlung verteidigte sich Chmurzynski sehr gewandt mit juristischen, gelegentlich auch lateinischen Ausführungen. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus, das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil unter den klargestellten Umständen kein Betrug vorliege. Der „Bischof" bedankte sich durch eine tiefe Verbeugung.

Der Streikbrecher als Straßenräuber. In Waldenburg i. Schl. wurde am Freitag der Schlosser Hoffmann vom Schraubstock weg verhaftet, weil er im Verdacht des Straßenraubes stand. Er hatte vor einigen Tagen einen Bergmann überfallen und ihm seinen ganzen Wochenlohn im Betrage von 28 Mk. entrissen. Hoffmann hat die Tat eingestanden. Der Straßenräuber war vor vier Wochen noch eines der nützlichen Elemente, die beim Metallarbeiterstreik in der Wilhelmshütte in Altwasser den Streikbrecher machten und andere mit großem Eifer zum Streikbruch zu verleiten suchten.

Katholisches Turnen. Es wird schöner mit jedem Tag! Nun sollen auch die Bauchwellen, Kniebeugen usw. katholisch eingetrichtert werden. Heraus aus den — interkonfessionellen, neutralen Turnvereinen! Hinein in streng katholische Turnbünde, in denen man vor dem Einschmuggeln evangelischer oder gar konfessionsloser Weit- und Hochsprünge geschützt ist! — Auf der in Köln abgehaltenen Generalversammlung der Präsides katholischer Gesellenvereine beschäftigte man sich auch mit dem Teufelswerk des konfessionslosen Turnens. Folgender Beschluß wurde angenommen:

„Die Generalversammlung anerkennt den gesundheitlichen und sittlichen Wert der Leibesübungen, bedauert aber lebhaft die in den letzten Jahren insbesondere bei interkonfessionellen Vereinigungen stark hervorgetretene Überschätzung derselben als Mittel zur Erziehung der heranwachsenden Jugend und lehnt grundsätzlich die übertriebene Pflege des Sports ab. Zur Pflege der Leibesübungen und zur systematischen Vorbereitung auf die Militärzeit empfiehlt die Generalversammlung die Gründung von Turnabteilungen in den Gesellenvereinen und wünscht den Zusammenschluß dieser Turnabteilungen zu Bezirksverbänden, wenn möglich im Verein mit den Turnabteilungen der anderen katholischen Standesvereine, lehnt aber den korporativen Anschluß der Turnabteilungen an interkonfessionelle Verbände, die sich die Pflege der Leibesübungen zur ausschließlichen Aufgabe machen, grundsätzlich ab. Die Generalversammlung empfiehlt die Errichtung einer gemeinsamen Zentralstelle zur Pflege der Leibesübungen in den Gesellenvereinen, Jugendvereinen und den anderen katholischen Standesvereinen."

Rätselhaft bleibt nur: Warum kommt kein Pfaffe auf den naheliegenden Gedanken, katholische Unternehmerverbände zu fordern sowie Vereine katholischer Rechtsanwälte,

Großindustrieller, Bankiers, Bauunternehmer usw.? Warum duldet man, daß katholische Scharfmacher in trauter Gemeinschaft mit protestantischen, jüdischen, atheistischen Vertretern kapitalistischer Interessen sich gegen Arbeiter verbünden? Solcher Interkonfessionalismus stört die Gottesmänner nicht, ihr heiliger Eifer dient nur der Erhaltung und Förderung der — Ausbeuterordnung!

Genossenschaftsbewegung.

Eine Genossenschaft für Ferien und Erholungsheime. Es dürfte keine Angelegenheit geben, über welche weniger Meinungsverschiedenheiten herrschen als über die Notwendigkeit, einmal im Jahre Ferien zu machen. Einmal soll der beruflich tätige Mensch ausspannen, einmal soll er die Möglichkeit haben, die Geleise der alltäglichen Arbeit zu verlassen, einmal soll er an nichts zu denken brauchen, was mit Arbeit zusammenhängt. Leider hat nur ein winziger Bruchteil der Menschen die Möglichkeit, Körper und Geist die so sehr notwendige Rast zu gönnen. Millionen von Arbeitern sind Ferien eine schöne, aber leider nur recht selten zu benutzende Einrichtung. Ein paar Unternehmer nur, leicht aufzuzählen, gewähren ihren Arbeitern Ferien; im übrigen überläßt man es den Genossenschaften auch hier, dem Privatkapital um ein großes Stück voraus zu sein. Selbst aber wenn Arbeitern Ferien gewährt werden, können sie oftmals nicht die rechte Verwendung finden, weil zu einem Aufenthalt außerhalb der eigenen Behausung die Mittel fehlen.

Auch hier ist es nun wieder die Konsumgenossenschaftsbewegung, welche alle Schwierigkeiten zu überwinden vermag. In der Schweiz gehen die Konsumgenossenschaften augenblicklich daran, wenn möglich für alle ihre Angehörigen die Erholungs- und Ferienheime zu organisieren. Es fehlte eben bisher an der Organisation, die so viel schon möglich machte, was dem einzelnen Menschen unerreichbar blieb. Es soll die Errichtung von Ferienheimen durch eine zu gründende Genossenschaft herbeigeführt werden. Mitglied dieser Genossenschaft können sowohl Gesellschaften als auch Einzelpersonen werden. Die Mitgliederzahl wäre, wie in einer Konsumgenossenschaft, nicht zu beschränken. Die Verwaltung soll durchaus demokratisch sein. Jede gewinnsüchtige Absicht wäre ausgeschlossen. Der Zweck der Genossenschaft soll folgendermaßen erreicht werden:

a) durch Errichtung, Betrieb oder Miete eines oder mehrerer Ferien- und Erholungsheime sowie sonstiger damit in Verbindung stehender Anstalten;

b) durch Abschluß von Rabattverträgen mit Kuranstalten, Pensionen, Restaurants, Verkehrsanstalten usw.;

c) durch Beteiligung an Werken und Anstalten, durch die die Interessen der Genossenschaft gefördert werden;

d) durch Ansammlung eines unteilbaren Genossenschaftsvermögens;

e) durch Anschluß an den Verband schweizerischer Konsumvereine.

Die zu errichtenden Anstalten sollen in erster Linie die Mitglieder der Genossenschaft und deren Angehörige berücksichtigen. Die Mittel zum Betriebe der Genossenschaftsanstalten sollen vornehmlich durch Herausgabe niedrig bemessener Anteilscheine beschafft werden, damit eine Massenbeteiligung möglich ist. Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Genossenschaft in recht baldiger Zeit ihre Tätigkeit beginnen werde. Wenn die Genossenschaft für Ferienheime ihre Tätigkeit auch klein und bescheiden beginnt, so würde sie sich doch gewiß als neue, weithin leuchtende Blume dem Kranz genossenschaftlicher Institutionen einreihen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 20. bis 26. Juli 1913.

Eheliche Geburten.

a) **Knaben: (Name und Beruf des Vaters).**

10. Juli. Straßenbahnschaffner H. W. Bade. 12. Händler Chr. J. F. L. Zellmann. 15. Arbeiter O. F. Chr. Becker. 16. Schmied Chr. J. H. Schütt. Arbeiter J. J. H. Wittmack. 17. Zimmermann E. Chr. H. Höltig. Buchbinder E. Hädrich. 18. Hobelmeister H. J. F. Dettmann. Kutscher W. H. Chr. Koop. Kaufmann W. P. H. H. Maaß. 19. Lehrer H. L. L. Dillner. Schiffszimmerer J. P. Chr. J. Falkenhagen. Maurer P. A. C. Markmann. 20. Butterhändler J. H. M. Bruhn. 21. Bureaugehilfe W. H. H. Schulz. Arbeiter A. G. J. C. Frahm. Arbeiter F. J. G. Hildebrandt. Schutzmann W. C. H. A. Engel. 22. Oberlehrer Dr. phil. F. A. O. König. Assistent bei dem Polizeiamt F. J. H. Hamann. 23. Privatmann E. Th. Kunst. Schriftsetzer F. F. W. Kleemann. Hausdiener A. W. K. Schmidt. Gärtner C. H. W. Rehwoldt. 24. Arbeiter H. H. H. Harder. Weichensteller J. H. R. Martens. 25. Schlossergeselle F. K. M. Hoyer.

b) **Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).**

14. Juli. Bauunternehmer J. H. W. Kreutzfeldt. 15. Arbeiter Chr. Pries. Former W. J. Blottnickt. 18. Bäcker W. M. D. Paschen in Bargteheide. Arbeiter A. C. F. Wenske. Makler H. Horst. 19. Schmied A. Tobias. Butterhändler W. Krahn. 20. Feuerwehrmann W. C. J. Blöss. Arbeiter E. H. A. Soltau. Arbeiter E. E. F. Salowsky. Arbeiter F. C. J. H. Schnur. Maurer W. K. H. F. Hubert. 21. Arbeiter H. W. H. Frähmke in Seeretz bei Schwartau. 22. Straßenbahnwagenführer F. J. J. Schröder. 23. Eisenbahnschaffner H. A. Th. Wiechert. Landwirt G. Börgers in Gleschendorf. Buchdruckereibesitzer H. N. Hansen in Schlutup.

Angeordnete Aufgebote.

21. Juli. Schlossergeselle E. A. Fischer und H. J. H. Meyer. Dreher F. H. Staunebein in Magdeburg und F. D. H. Herrmann in Lucklum. Kesselschmied H. Feuring in Haspe und E. Düsterhöft in Weidenau. Arbeiter K. Korb und A. F. A. K. Möller, beide in Jaschkowitz. 22. Tischler R. Folckers und A. M. M. Brand, beide in Rostock. 24. Schlossergeselle B. F. H. Pump und E. Briest. Wächter bei der Wach- und Schließgesellschaft F. J. H. W. Wittfoht und K. M. J. Bahr geb. Laudon. Arbeiter G. K. F. L. Bollow und B. A. Wolter. 25. Maschinist W. O. H. Seebach und F. Rieck. Klempnermeister O. K. Bühling und H. W. Riemann. 26. Maurergeselle E. F. J. Junge und A. E. A. Graack. Chefredakteur Dr. phil. W. A. H. Krannhals und K. Schnuse in Jena.

Eheschließungen.

21. Juli. Tischlergeselle A. F. W. Freese und A. L. Lange. 22. Schiffsoffizier M. P. E. Sebastian in Hamburg und B. C. K. F. Brauer. Friseur F. O. E. Bark in Neustadt i. H. und M. M. A. Weber. 23. Versicherungsinspektor R. J. J. Bolckmann und A. H. K. L. Richert. Schlachtermeister H. K. F. Hellmann und A. L. F. Utermark. 25. Eisenbahnbeamter F. A. H. Gellers in Buer und K. M. M. Schatte. Hausdiener A. H. Stau und L. E. J. Bleuss in Hamburg. 26. Bureauvorsteher L. F. Krohne und E. M. J. A. Sünnewold. Zimmergeselle W. E. A. C. Küchenmeister und E. A. H. Weber geb. Berndt. Postillon E. W. K. F. Koch und E. L. A. Ollmann. Kinditorgehilfe M. K. K. Hill und C. M. K. Neubert. Straßenbahn-Wagenführer J. H. F. Röther und J. A. W. Stürzel in Groß-Gustkow. Klempner J. H. K. Beeck und D. J. W. Spethmann. Tischlergeselle P. W. F. F. Schäfer und H. M. Richert.

Sterbefälle.

17. Juli. Matrose J. Römmel, 17 J. 18. Ein Mädchen, 1/2 Stunde, B.: Arbeiter A. C. F. Wenske. 19. Handlungsgehilfe W. Dössel, 21 J. H. A. M. Evers, 13 J. 20. Gärtner F. W. Chr. Haupt, 66 J. J. W. F. Landahl, 4 J. E. L. K. Hintze, 22 J. 21. F. K. Knoop, 6 M. H. P. J. Stoffer, 4 M. Arbeiter C. H. H. Böckmann, 74 J. A. H. W. Haßelfeld, 9 M. O. H. Chr. K. Lagemann, 9 M. C. M. C. geb. Möller, Witwe des Matrosen J. F. H. Wiese, 86 J. 22. Dampfschiffskapitän J. Elfers, 69 J. Arbeiter M. Heidrich, 61 J. Kaufmann H. J. Tretau, 40 J. 23. Arbeiter J. H. E. Weidemann, 48 J. K. M. S. D. J. geb. Berkholz, Ehefrau des Arbeiters A. W. E. Leonhard, 65 J. W. H. Pusdrowski, 7 T. M. E. Schill, 14 T. 24. G. C. F. Hansen, 9 M. C. M. D. E. geb. Bock, Ehefrau des Kaufmanns F. K. Müller, 55 J. Zeitungsausträger F. C. J. Hennings genannt Allwardt, 65 J. Arbeiter F. H. J. Steen, 50 J. Kaufmann G. H. M. Jäde, 63 J. Arbeiter J. H. F. Koop, 44 J. Heizer W. Chr. K. Mau, 47 J. C. M. E. Stammer, 20 J. (Gr. Parin). 25. A. K. F. Bühring, 2 M. M. F. Wehrend, 7 M. H. W. F. Kähmzow, 2 M. Maschinenbauer H. H. E. Potenberg, 24 J. J. M. geb. Buddien, Witwe des Schmieds J. W. H. Daniels, 78 J. W. geb. Bauer, Witwe des Arbeiters J. Neumann, 72 J. K. A. L. Landahl, 1 J. 26. Kaufmann J. C. H. Wulf, 57 J. S. D. E. geb. Krüger, geschiedene Ehefrau des Mühlenbesitzers E. P. G. Dechow, 73 J. J. A. F. Stahlberg, 11 M. W. Chr. E. geb. Neustadt, Witwe des Tischlers L. F. T. Oldag, 79 J.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die städtischen Arbeiter

warten nun schon seit dem 1. Juli auf die wöchentliche Lohnzahlung. Es hieß zwar in dem Antwortschreiben, welches dem Arbeiterausschuß am 28. Mai zuging, „wenn die dazu notwendigen Einrichtungen bis zum 1. Juli getroffen werden könnten, sollte von diesem Tage ab die wöchentliche Lohnzahlung beginnen.“ Doch die Baudeputation scheint wieder zu einer anderen Ansicht gekommen zu sein, denn die Herren Beamten, welche bei derartigen Fragen überhaupt eine große Rolle spielen, versuchen die Arbeiter zu veranlassen, auf die wöchentliche Lohnzahlung zu verzichten. Sie fragen die Arbeiter: „Wollen Sie lieber die wöchentliche Lohnzahlung oder 2 Pfennig Stundenlohn mehr haben?“ Die Arbeiter sind jedoch der Ansicht, daß, wenn die Behörde auch den Stundenlohn um 2 Pfg. erhöhen würde, noch nicht des Guten zuviel getan wäre, wenn ein vom ersten Beamten der Baudeputation unterzeichnetes Zugeständnis auch unbedingt in Kraft treten müßte. Oder hat die Behörde vielleicht entdeckt, daß es doch zu beschämend aussehe, wenn sie ihren Arbeitern im Winter wöchentlich 17 bis 18 Mk. in die Hand steckte. Wie es bei einem derartigen Lohn aber in einem Arbeiterhaushalte aussieht, kann sich wohl jeder einsichtige Mensch vorstellen, zumal bei den jetzigen teuren Lebensmittelpreisen, welche jedoch nach Ansicht der Behörde nach 1911 nicht gestiegen sein sollen.

Mehrere städtische Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks.

General-Versammlung
am Donnerstag, 31. Juli 1913
abends 8¾ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
5765) Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiter!

Die Wahl zum Bauarbeiterschutz-Kongreß findet nicht am 29. August, sondern
heute abend
von 6—8 Uhr in unserem Bureau statt.
5772) Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter Schwartaus!

Versammlung
am Dienstag, dem 29. Juli
im Vereinslokal.
5767) Der Vorstand.

Schwartau-Rensefeld.
Frauen-Versammlung
am Mittwoch, dem 30. Juli
abends 8½ Uhr
im Lokale von Frau Pinkert
(Gasthof Transvaal).
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
5776) Die Vertrauenspersonen.

Bezaubernd

wirkt der Genuss von
Eckstein's **DA CAPO**-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfreil)
Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft Fischergr. 52. (184

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Grüne Sohlen. Marke „Goliath“.
Gesetzl. geschützt unter Nr. 100 899.
Vorzüge:
Doppelte Haltbarkeit, wasserdicht, gleitfrei.
Alleinvertrieb
4301) in den
Schuhreparatur-Werkstätten
Schwartauer Allee 4
Fünfhausen 7
Gr. Burgstraße 38.

Unübertroffen wäscht Ragoda
Einzig in seiner Art. D.R.G.M. 418136.
Ueberall zu haben.
Schneeweiße Wäsche, Ohne Chlor, Unschädlich.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1 Korallenkette od. 3 neusilb. Teelöffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier oder Blusennadel 800/1000 (220
Schumann & Wille, Wittenberge.
5768